

Stenographisches Protokoll

408. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Donnerstag, 26. März 1981

Tagesordnung

1. Bundesverfassungsgesetz über eine weitere Änderung der Landesgrenze zwischen dem Land Oberösterreich und dem Land Salzburg im Bereich der Moosache samt Anlagen
2. Änderung des Bundesmineralölsteuergesetzes
3. Änderung des Bundesgesetzes über den Wirtschaftskörper „Österreichische Bundesforste“
4. Seeschiffahrtsgesetz
5. Übereinkommen über den Straßenverkehr samt Anhängen; Übereinkommen über Straßenverkehrszeichen samt Anhängen und österreichischen Vorbehalten; Europäisches Zusatzübereinkommen über den Straßenverkehr, das in Wien am 8. November 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde samt Anhang und österreichischem Vorbehalt; Europäisches Zusatzübereinkommen zum Übereinkommen über Straßenverkehrszeichen, das in Wien am 8. November 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde samt Anhang und Anlage; Protokoll über Straßenmarkierungen zum Europäischen Zusatzübereinkommen zum Übereinkommen über Straßenverkehrszeichen, das in Wien am 8. November 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde samt Anhang und österreichischem Vorbehalt
6. Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung samt Anlagen

Inhalt

Bundesrat

Zuschrift des Präsidenten des Tiroler Landtages betreffend Mandatsveränderung im Bundesrat (S. 14990)

Angelobung des Bundesrates Ing. Ju en (Tirol) (S. 14990)

Personalien

Entschuldigungen (S. 14990)

Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 14990)

Verhandlungen

- (1) Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 19. März 1981: Bundesverfassungsgesetz über eine weitere Änderung der Landesgrenze zwischen dem Land Oberösterreich und dem Land Salzburg im Bereich der Moosache samt Anlagen (2301 d. B.)

Berichterstatterin: Traude Votruba (S. 14991)

kein Einspruch (S. 14991)

- (2) Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 18. März 1981: Änderung des Bundesmineralölsteuergesetzes (2302 d. B.)

Berichterstatterin: Margaretha Obenau (S. 14991)

Redner:

Dkfm. Dr. Stummvöll (S. 14991), Schickelgruber (S. 14995), Dkfm. Dr. Pisek (S. 14998) und Staatssekretär Dr. Seidel (S. 15003)

kein Einspruch (S. 15003)

- (3) Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 19. März 1981: Änderung des Bundesgesetzes über den Wirtschaftskörper „Österreichische Bundesforste“ (2303 d. B.)

Berichterstatterin: Leopoldine Pohl (S. 15003)

Redner:

Stoppacher (S. 15004), Gargitter (S. 15005), Sommer (S. 15007), Dr. Müller (S. 15009) und Staatssekretär Schöber (S. 15011)

kein Einspruch (S. 15014)

- (4) Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 19. März 1981: Seeschiffahrtsgesetz (2304 d. B.)

Berichterstatter: M a y e r (S. 15014)

kein Einspruch (S. 15014)

- (5) Beschuß des Nationalrates vom 19. März 1981: Übereinkommen über den Straßenverkehr samt Anhängen; Übereinkommen über Straßenverkehrszeichen samt Anhängen und österreichischen Vorbehalten; Europäisches Zusatzübereinkommen zum Übereinkommen über den Straßenverkehr, das in Wien am 8. November 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, samt Anhang und österreichischem Vorbehalt; Europäisches Zusatzübereinkommen zum Übereinkommen über Straßenverkehrszeichen, das in Wien am 8. November 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, samt Anhang und Anlage; Protokoll über Straßenmarkierungen zum Europäischen Zusatzübereinkommen über Straßenverkehrszeichen, das in Wien am 8. November 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, samt Anhang und österreichischem Vorbehalt (2305 d. B.)

Berichterstatter: Ing. Maderthaner (S. 15015)

kein Einspruch (S. 15015)

- (6) Beschuß des Nationalrates vom 19. März 1981: Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung samt Anlagen (2306 d. B.)

Berichterstatter: Dipl.-Ing. B e r l (S. 15015)

kein Einspruch (S. 15016)

14990

Bundesrat — 408. Sitzung — 26. März 1981

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzender Dr. Schwaiger: Ich eröffne die 408. Sitzung des Bundesrates.

Das amtliche Protokoll der 407. Sitzung des Bundesrates vom 5. März 1981 ist aufgelegen, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Entschuldigt haben sich die Bundesräte Frau Dr. Anna Demuth, Dkfm. Dr. Frauscher, Molterer und Windsteig.

Ich begrüße den im Hohen Hause eingetroffenen Herrn Innenminister Erwin Lanc und Herrn Staatssekretär Dr. Seidel. (Beifall.)

Einlauf und Angelobung

Vorsitzender: Eingelangt ist ein Fernschreiben des Präsidenten des Tiroler Landtages betreffend eine Mandatsveränderung im Bundesrat.

Ich ersuche die Frau Schriftführer um Verlesung dieses Fernschreibens.

Schriftührerin Leopoldine Pohl:

„Herrn Vorsitzenden des Bundesrates Komm.-Rat Dr. Rudolf Schwaiger

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Mag. Kurt Leitl hat auf Grund seiner mit heutigem Tag, 25. März 1981, erfolgten Berufung und Angelobung als Abgeordneter zum Tiroler Landtag auf sein Mandat als Mitglied des Bundesrates verzichtet. Auch sein Ersatzmann im Bundesrat Dr. Martin Strimitzer hat seine Verzichtserklärung vorgelegt.

Der Tiroler Landtag entsendet auf Grund des Beschlusses vom 25. März 1981 als Mitglied des Bundesrates Herrn Kammersekretär Ing. Max Juen, geb. 8. Dezember 1929 in Kappl, wohnhaft Feldgasse 3, 6511 Zams.

Als Ersatzmann für den neubestellten Bundesrat Ing. Max Juen wird der bisherige Ersatzmann Dr. Martin Strimitzer, Kirchgasse 20, 6091 Götzens nominiert.

Der Landtagspräsident:
Josef Thomann“

Vorsitzender: Das neue Mitglied des Bundesrates ist im Hause anwesend. Ich werde daher sogleich die Angelobung vornehmen.

Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch die Schriftührerin leistet Bundesrat Ing. Max Juen seine Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“.

Vorsitzender: Ich begrüße das neue Tiroler Mitglied des Bundesrates recht herzlich in unserer Mitte (Allgemeiner Beifall.)

Eingelangt sind ferner zwei Schreiben des Bundeskanzleramtes betreffend Ministervertretungen.

Ich ersuche die Frau Schriftührer um Verlesung dieser Schreiben.

Schriftührerin Leopoldine Pohl:

„An das Präsidium des Bundesrates

Der Herr Bundespräsident hat am 1. März 1981, Zl. 1002-02/26/81, folgende Entschließung gefaßt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Willibald Pahr innerhalb des Zeitraumes vom 17. bis 31. März 1981 den Bundesminister für Justiz Dr. Christian Broda mit der Vertretung.

Hievon beehe ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Für den Bundeskanzler
Dr. Neumayer“

Vorsitzender: Nächstes Schreiben.

Schriftührerin Leopoldine Pohl:

„An das Präsidium des Bundesrates

Der Herr Bundespräsident hat am 17. März 1981, Zl. 1002-09/12, folgende Entschließung gefaßt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für Landesverteidigung Otto Rösch innerhalb des Zeitraumes vom 23. bis 27. März 1981 den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Günter Haiden mit der Vertretung.

Hievon beehe ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Für den Bundeskanzler
Dr. Neumayer“

1. Punkt: Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 19. März 1981 betreffend ein Bundesverfassungsgesetz über eine weitere Änderung der Landesgrenze zwischen dem Land Oberösterreich und dem Land Salzburg im Bereich der Moosache samt Anlagen (2301 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt:

Vorsitzender

Weitere Änderung der Landesgrenze zwischen dem Land Oberösterreich und dem Land Salzburg im Bereich der Moosache samt Anlagen.

Berichterstatter ist Frau Bundesrat Traude Votruba. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatterin Traude Votruba: Herr Vorsitzender! Herr Minister! Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Gebiete der oberösterreichischen Gemeinde St. Pantaleon und der salzburgischen Gemeinde St. Georgen bei Salzburg bildete bisher die Flußmitte der Moosache die oberösterreichisch-salzburgische Landesgrenze. Nach Durchführung einer Regulierung der Moosache, die Veränderungen des Flusslaufes mit sich brachte, soll nunmehr im Sinne des Art. 3 Abs. 2 Bundesverfassungsgesetz durch übereinstimmende Verfassungsgesetze des Bundes und der beiden betroffenen Länder die Landesgrenze in diesem Bereich wieder in die Mitte des Flussbettes verlegt werden.

Der Rechtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 24. März 1981 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Rechtsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 19. März 1981 betreffend ein Bundesverfassungsgesetz über eine weitere Änderung der Landesgrenze zwischen dem Land Oberösterreich und dem Land Salzburg im Bereich der Moosache samt Anlagen wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht jemand das Wort? — Es ist dies nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

2. Punkt: Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 18. März 1981 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesmineralölsteuergesetz geändert wird (2302 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung: Änderung des Bundesmineralölsteuergesetzes.

Berichterstatter ist Frau Bundesrat Margaretha Obenaus. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatterin Margaretha Obenaus: Hoher Bundesrat! Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates soll die Bundesmineralölsteuer um rund 20 Groschen je Liter erhöht werden. Um denselben Betrag sollen die Steuerbegünstigungen für den Treibstoffverbrauch für landwirtschaftliche Maschinen und für Schienenfahrzeuge der Österreichischen Bundesbahnen erhöht werden.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 24. März 1981 in Verhandlung genommen.

Der Antrag des Berichterstatters, keinen Einspruch zu erheben, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Da ein Beschuß des Ausschusses im Gegenstand nicht zustande kam, sieht sich der Finanzausschuß im Sinne des § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung veranlaßt, über seine Verhandlung diesen Bericht zu erstatten.

Vorsitzender: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Dkfm. Dr. Stummvoll. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Dkfm. Dr. Stummvoll (ÖVP): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist immer wieder amüsant und vergnuglich, wenn man Zitate, Aussprüche und Ankündigungen einige Jahre später im Lichte der seitlicher eingetretenen Entwicklung mit der Wirklichkeit vergleicht.

Ich habe zum vorliegenden Thema, nämlich zur Erhöhung der Bundesmineralölsteuer, ein passendes Zitat des Herrn Bundeskanzlers Dr. Bruno Kreisky gefunden. Das Zitat stammt aus dem Jahr 1971, es stammt aus einer Wahlrede in Meidling und kann in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 8. Oktober 1971 nachgelesen werden. Dr. Kreisky hat damals angekündigt — ich zitiere —: „Je stärker die SPÖ wird, um so eher werden wir den Benzinpreis niedrig halten können.“ — Zitatende. (Heiterkeit bei der ÖVP. — Bundesrat Gargitter: Weltwirtschaft!)

Wenn man das heute liest, meine Damen und Herren, so glaubt man, eine Faschingsnummer der „Arbeiter-Zeitung“ in Händen zu halten. Denn während damals der Benzinpreis 3,40 S für Normalbenzin und 3,90 S für Superbenzin betrug, halten wir derzeit bekanntlich bei 9,70 S beziehungsweise bei 10,40 S. Der Dieselölpreis ist in den letzten zehn Jahren sogar von 3,20 S auf rund 10 S gestiegen. (Bundesrat Dr. Bösch: Wie ist es in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland?)

14992

Bundesrat — 408. Sitzung — 26. März 1981

Dr. Stummvoll

Natürlich ist mir klar, daß der Hauptanteil dieser Preissteigerungen auf die hektischen Preissprünge beim Rohölpreis zurückzuführen ist. Aber der vorliegende Gesetzesbeschuß ist ein neuerlicher Beweis dafür, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Preissteigerungen auch hausgemacht ist, nämlich über eine ständige Anhebung der Steuerlast auf Erdölprodukte. (Bundesrat *Schipani*: *Das stimmt nicht!*)

Meine Herren! Ich verstehe Ihre Aufregung, ich verstehe Ihre Aufregung, aber das Schlamassel hat die Regierung selbst verursacht. (Bundesrat *Dr. Bösch*: *Die Bauwirtschaft, der Tiefbau fordert neue Mittel!* — Bundesrat *Ceh*: *Woher sollen diese Mittel kommen?* — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.) Sie können Ihre Argumente dann hier vorbringen.

Ich würde so sagen: Im Windschatten der OPEC-Staaten kassiert auch der Fiskus kräftig mit (Bundesrat *Dr. Bösch*: *Die Straßenbauwirtschaft!*) — darauf komme ich noch zurück —, zum Teil automatisch über die erhöhten Mehrwertsteuereinnahmen, zum Teil durch gesonderte gesetzliche Maßnahmen wie eben den vorliegenden Gesetzesbeschuß des Nationalrates.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, daß fast die Hälfte des Benzinpreises auf Steuerlasten entfällt. Der österreichische Autofahrer muß heute mehr für Steuerlasten beim Benzin zahlen, als er noch im Jahr 1973 an Benzinpreis insgesamt gezahlt hat. Er ist damit auch eines der vielen Opfer der Belastungspolitik dieser Bundesregierung. (Bundesrat *Schipani*: *Sie haben 61 Prozent kassiert — Ihre Finanzminister! Fast um 30 Prozent mehr!*) Aber nun der Reihe nach, Herr Kollege Schipani.

Der erste Hauptpunkt der Kritik geht in folgende Richtung: Wir haben heute gewisse Anzeichen dafür, daß nach den hektischen Preissprüngen beim Rohöl nunmehr vielleicht doch eine gemäßigtere Entwicklung eintreten könnte. Es ist aber unseres Erachtens völlig falsch, eine noch gar nicht feststehende, vielleicht aber mögliche Beruhigung dazu auszunützen, um durch Steuererhöhungen selbst an der Benzinpreisschraube weiter zu drehen. Denn die erdölproduzierenden Länder könnten dies sehr leicht als Signal dafür verstehen, daß in den Verbraucherländern ohnehin Preissteigerungen verkraftbar und daher durchsetzbar sind. (Bundesrat *Dr. Bösch*: *Die brauchen keine Signale aus Österreich!*)

Zum Vergleich, Herr Kollege: Die vorlie-

gende Erhöhung der Bundesmineralölsteuer entspricht einer Rohölpreissteigerung um immerhin 7 Prozent.

Ich darf dazu aus einer Aussendung der Austria Presse-Agentur vom 20. Februar dieses Jahres zitieren, wo auf das Jänner-Bulletin der OPEC zurückgekommen wird. Es heißt dort — ich zitiere —: „Die Benzinpreise könnten im Durchschnitt in Westeuropa um über 50 Prozent zurückliegen, wenn die Regierungen die Abgaben und Steuern abschaffen würden. Wie aus dem Jänner-Bulletin der OPEC hervorgeht, machen die Steuern etwa 55 Prozent des gesamten Abgabepreises aus.“

Ich zitiere weiter: „Diese Haltung steht im direkten Gegensatz zu den Behauptungen, daß die Erhöhungen der Benzinpreise auf die OPEC-Länder zurückgehen.“ — Heißt es in der Meldung des Jänner-Bulletins der OPEC.

Meine Damen und Herren! Es geht daraus hervor, daß die OPEC-Länder sehr genau beobachten, was sich in den Verbrauchsländern tut. Wenn man hier zusätzliche Preissteigerungen vornimmt, ist das natürlich eine Aufforderung an die erdölproduzierenden Länder, weitere Preissteigerungen auch beim Rohöl vorzunehmen. (Bundesrat *Dr. Bösch*: *Armutszeugnis!*)

Ich komme damit zum zweiten Einwand. In der Begründung für die vorliegende Steuererhöhung heißt es, daß infolge der steigenden Mineralölpreise mit einem Rückgang des Mineralölverbrauchs zu rechnen sei und daher das bisherige Aufkommen an Bundesmineralölsteuer nur durch eine Erhöhung der Steuersätze gehalten beziehungsweise im erforderlichen Ausmaß vermehrt werden könnte.

Gleichzeitig nehmen aber die Erläuterungen selbst wenige Zeilen weiter für die Berechnung der jährlichen Mehreinnahmen aus der vorliegenden Steuererhöhung für das heurige Jahr nicht einen rückgehenden, sondern einen gleich hohen Verbrauch wie im Vorjahr an. Das ist der erste Widerspruch.

Der zweite Widerspruch liegt darin, daß bereits im abgelaufenen Jahr die Einnahmen aus der Bundesmineralölsteuer um rund 250 Millionen Schilling über dem Budgetansatz von 11,8 Milliarden Schilling lagen.

In den Erläuterungen findet sich dann ein weiteres Argument, das ins Leere geht. (Bundesrat *Dr. Bösch*: *Ihre Rede geht auch ins Leere!*) Die Bundesmineralölsteuer — heißt es hier — müsse erhöht werden, damit dem Straßenbau mehr Finanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden könnten.

Dr. Stummvoll

Meine Damen und Herren! Dazu muß man eines sehr deutlich sagen: Wenn es dieser Regierung wirklich um eine gesicherte Straßenbaufinanzierung ernst wäre, müßte sie erstens den im Jahr 1978 eingeführten Straßenverkehrsbeitrag, zweitens die seit Jahresanfang eingehobene Abgabe von Erdöl und drittens die durch die steigenden Kraftstoffpreise resultierenden jährlichen Mehreinnahmen an Mehrwertsteuer in Höhe von mehreren Millionen Schilling für den Straßenbau zweckwidmen. (Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Das Straßenbaubudget könnte dadurch um rund 3 Milliarden Schilling pro Jahr vergrößert werden, und es könnte eine Reihe jener Straßenbauprojekte, die der Herr Bautenminister Sekanina auf den Tisch gelegt hat, ohne zusätzliche Belastung der Steuerzahler verwirklicht werden.

Wenn es Ihnen daher wirklich ernst ist mit dem Straßenbau, meine Herren, dann setzen Sie diese Maßnahmen, aber ohne zusätzliche Belastung für die Regierung. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein weiterer Einwand gegen die vorliegende Steuererhöhung ergibt sich unter dem Gesichtspunkt der Energieeinsparung. Nach übereinstimmenden Berechnungen der Experten ist in den letzten Jahren der Benzinverbrauch pro Pkw zurückgegangen. Die nachweislich gegebene Sparbereitschaft wird aber im Keime ersticken, wenn versucht wird, jeden Minderverbrauch durch Mehrbesteuerung praktisch wieder auszugleichen. Auf diese Weise werden ja die Autofahrer um ihre Einsparungserfolge gebracht, und es wird praktisch der verantwortungsbewußte Verbrauch von Energie mit höheren Steuern bestraft. Das trifft ganz besonders jene sozial schwachen Bürger, die auf ihr Auto angewiesen sind für die Fahrt zur Arbeit, vor allem in Gebieten mit einer schwachen Infrastruktur und keiner Möglichkeit, auf öffentliche Verkehrsmittel auszuweichen.

Meine Damen und Herren! Man kann aber die vorliegende Steuererhöhung nicht isoliert beurteilen, man muß sie auch sehen im Gesamtzusammenhang der sozialistischen Finanz- und Wirtschaftspolitik und der gesamten wirtschaftlichen Landschaft, die wir derzeit vor uns haben. (Bundesrat Dr. Bösch: Siehe „New York Times“!)

Wie sieht es derzeit aus? Ich kenne natürlich auch die Globalstatistiken, ich kenne die Arbeitslosenrate, ich kenne den Verbraucherpreisindex; selbstverständlich kenne ich auch diese Zahlen.

Andererseits aber müssen wir feststellen,

dass seit Jahresbeginn die Zahl der Insolvenzen, Firmenzusammenbrüche und Konkurse schlagartig zugenommen hat. Bis Mitte März dieses Jahres hat es heuer 263 Ausgleiche und Konkurse mit Verbindlichkeiten von über 6 Milliarden Schilling gegeben, und es werden von Tag zu Tag mehr. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug das Ausmaß dieser Verbindlichkeiten nur 1,8 Milliarden Schilling. Wir haben also heuer bereits dreimal soviel Verbindlichkeiten aus Firmenzusammenbrüchen wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres, und die Entwicklung wird zweifellos in den nächsten Wochen noch weitergehen. Wenn ich nicht zur Verschwiegenheit verpflichtet wäre, könnte ich Ihnen heute schon Firmen, prominente Firmen sagen, die in den nächsten Wochen neuerlich in große Schwierigkeiten kommen werden.

Wir kommen einfach nicht darum herum, daß sich in den jetzt zweifellos schwierigeren wirtschaftlichen Zeiten die Fehler einer verfehlten Wirtschaftspolitik der siebziger Jahre einfach zu rächen beginnen, einer Wirtschaftspolitik, die immer neue Belastungen der Bevölkerung und der Wirtschaft auferlegt hat.

Die Aushöhlung des Eigenkapitals, dessen Anteil in den letzten zehn Jahren praktisch halbiert wurde — von rund 43 Prozent auf 22 Prozent —, und der Substanzverlust, den unsere Wirtschaft dadurch erlitten hat, ist der Hauptgrund für die Krisenfänglichkeit unserer Betriebe in der jetzigen Zeit, vor allem in einer Zeit, wo, durch den Rückgang des Eigenkapitals bedingt, mehr Fremdkapital eingesetzt werden muß und die Zinsen für dieses Fremdkapital immer mehr ansteigen. Die Betriebe sind heute ausgelaugt, und es muß ihnen natürlich in der Kombination von zusätzlichen Belastungen wie hier und hohen Steuern einfach die Luft ausgehen. (Bundesrat C e h: Aber der Kreditorenverband sagt es anders!) Auf den komme ich sofort zu sprechen, Herr Kollege. Es wird Ihnen noch sehr unangenehm sein, wenn ich daraus zitiere; Ich werde gleich daraus zitieren.

Meine Damen und Herren! Der Aufschrei in der Wirtschaft, es geht nicht mehr, wird zwar immer lauter und ist immer häufiger zu hören, dennoch will offenbar diese Regierung den fatalen Zusammenhang zwischen ihrer Belastungspolitik und den wirtschaftlichen Schwierigkeiten unserer Betriebe einfach nicht zur Kenntnis nehmen.

Obwohl die derzeitige Insolvenzwelle zweifellos Warnung genug sein müßte, soll auch mit dem vorliegenden Gesetzesbeschluß der Wirtschaft und der Bevölkerung neuerlich

14994

Bundesrat — 408. Sitzung — 26. März 1981

Dr. Stummvoll

eine Belastung aufgelegt werden. Dabei wird verkannt, daß wir derzeit keine Krise der Wirtschaft, sondern eine Krise der Wirtschaftspolitik haben, einer Wirtschaftspolitik der Illusionen, einer Wirtschaftspolitik, die bereits viele Betriebe in die Pleite regiert hat. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Man kann es sich nicht so einfach machen wie der Herr Bundeskanzler, daß man die Reitställe von drei Industriellen als Begründung für wirtschaftliche Schwierigkeiten und Pleiten in Milliardenhöhe heranzieht. Das muß mir der Herr Bundeskanzler erst einmal vormachen, wie man mehrere Milliarden Schilling „erreitet“.

Mit derartigen Äußerungen, wie sie der Herr Bundeskanzler unlängst im Fernsehen abgegeben hat, und mit allen diesen Unternehmerbeschimpfungen, die wir praktisch täglich und wöchentlich erleben, mit dieser Vorgangsweise, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, werden Sie die Fehler der Wirtschaftspolitik der siebziger Jahre zweifellos nicht korrigieren können. (*Bundesrat C e e h: Mit den Beschimpfungen der Regierung auch nicht!*) Sie werden aus Ihrem Schlamassel nur herauskommen mit der Wirtschaft, aber nicht gegen die Wirtschaft. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Die Unternehmer, die Manager, die Führungskräfte, die vielen Mitarbeiter in den Betrieben sind jetzt nicht über Nacht plötzlich unfähig geworden, so einfach ist das nicht. (*Bundesrat C e e h: Manche waren es schon früher!*) Was wir brauchen, sind keine Lippenbekenntnisse wie in Ihrem Entwurf eines Wirtschaftsprogramms, wo auch auf die unternehmerische Initiative hingewiesen wird; die Wirklichkeit schaut nur anders aus. Was wir brauchen, sind konkrete Daten und ein wirtschaftsfreundliches Klima (*Bundesrat G a r g i t t e r: Siehe England!*), und das müssen Sie zuerst schaffen.

Natürlich — jetzt komme ich auf Ihren Einwand zurück, Herr Kollege, und das gebe ich gerne zu — machen auch Unternehmensleiter und Manager, sind ja auch nur Menschen, Fehler. Worauf es ankommt, meine Damen und Herren: Wenn ich den Unternehmern immer mehr den Boden unter den Füßen wegziehe, kommen sie dann leicht ins Wanken. Wenn ich durch eine ständige Belastungspolitik die Finanzkraft immer weiter aushöhle, dann hat natürlich der kleinste Fehler verherrnende Auswirkungen. Und wenn ich den unternehmerischen Freiheitsraum immer weiter einenge, kann natürlich der Unternehmer dann nicht so flexibel agieren, wie es in

einer Krisensituation erforderlich wäre. (*Bundesrat C e e h: Und was sagt der Kreditorenverband?*)

All das bestätigt, Herr Kollege — jetzt komme ich darauf zurück —, eine Studie, die Mitte März erschienen ist und vom Kreditschutzverband 1870 herausgegeben wurde. Auch dort wird von Managementfehlern gesprochen, aber nur unter „ferner liegen“; als Hauptgründe werden ganz andere Gründe angegeben. Ich darf vielleicht nur zwei Sätze zitieren:

„Von entscheidender Bedeutung für die Überlebensfähigkeit eines Unternehmens in der heutigen krisenhaften Zeit ist in erster Linie seine Kapitalausstattung. Es ist jedoch eine nicht übersehbare Tatsache, daß das Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital immer ungünstiger wird und der Verschuldungsgrad der Unternehmen steigt.“ — Und jetzt hören Sie gut zu, Herr Kollege —: „Die Unternehmertätigkeit wird durch eine sprunghafte neue Gesetzgebung, durch ständig steigende Belastungen sowie durch ständige Einschränkungen des unternehmerischen Handelns immer risikoreicher.“ — Also ich glaube, sehr eindeutige Worte des Kreditschutzverbandes, den Sie angesprochen haben. (*Bundesrat C e e h: Aber lesen Sie bitte auch die Gründe für die Insolvenzen! Das steht auch drinnen!*)

Meine Damen und Herren von der Regierungspartei! Ich möchte wirklich ernsthaft an Sie appellieren: Stellen Sie Ihre Belastungspolitik ein. Hören Sie auf mit dieser Verunsicherung der Bevölkerung und der Wirtschaft durch Präsentation ständig neuer Steuerschröpfungsvarianten, wie wir es in diesen Tagen erleben. Hören Sie endlich auf, ständig neue Zeitbomben für künftige Insolvenzwelten bereits heute wieder zu legen.

Herr Finanzminister und Herr Staatssekretär, auch Sie: Ich kann Ihre Lage verstehen. Natürlich steigen Ihnen von Tag zu Tag mehr Grausbirnen auf, welches Erbe Sie vom „besten Finanzminister der Zweiten Republik“ übernommen haben. (*Bundesrat P o s c h: So gut war der Koren aber auch nicht!*)

Ich verstehe das schon, aber glauben Sie mir: Der Weg der ständigen weiteren Belastungen, den Sie auch mit diesem Gesetz wieder gehen wollen, dieser Weg führt uns in immer größere Schwierigkeiten. Wir brauchen einfach eine Kurskorrektur, wir brauchen eine Entlastung und nicht eine ständige Belastung.

Dr. Stummvoll

Aus all diesen Gründen, meine Damen und Herren, kann meine Fraktion dem vorliegenden Gesetzesbeschuß ihre Zustimmung nicht geben. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender: Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Schickelgruber. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Schickelgruber (SPÖ): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Bevor ich auf den vorliegenden Gesetzesbeschuß im Detail eingehe und zu den Behauptungen meines Vorredners Stellung nehme, erlauben Sie mir einige allgemeine Feststellungen, die mir notwendig erscheinen.

In der Morgenausgabe der Tageszeitung „Kurier“ vom 21. März 1981 findet sich folgende Mitteilung: „Auf Preisbasis 1980 werde die Fertigstellung des Straßengrundnetzes etwa mehr als 20 Milliarden Schilling kosten, teilte Bautenminister Sekanina mit.“ — Mehr als 20 Worte war das Thema Straßenbau in Österreich dem „Kurier“ nicht wert, wengleich in der gleichen Ausgabe für die Nachricht, daß am Flughafen von Barcelona eine Schweizerin wegen Devisenschmuggels verhaftet wurde, unter dem schönen Titel „Geld im Höschen“ wesentlich mehr Platz vorhanden war.

Dies ist bezeichnend für unsere „unabhängigen“ Medien und für ihre „Informationspflicht“, denn Finanzierungsprobleme werden in der Regel der Bevölkerung nur dann bewußt gemacht, wenn der Gesetzgeber sich gezwungen sieht, die Steuersätze den Gegebenheiten anzugeleichen.

Steuern und Tarife, meine Damen und Herren, ob sie neu eingeführt oder angepaßt — sprich: erhöht — werden müssen, bereiten niemandem ein Vergnügen; den Betroffenen nicht, die sie aufbringen müssen, ebensowenig den Verantwortlichen, die sie zu beschließen haben. Es ist daher selbstverständlich, daß auch der vorliegende Antrag, wonach das Bundesmineralölsteuergesetz geändert wird, keine helle Begeisterung auslöst.

Die Bundesregierung und die Regierungspartei haben sich solche Entscheidungen nie leicht gemacht. Doch wer es ernst nimmt mit seiner Aufgabe als Mandatar und wer ernst genommen werden will, darf sich um notwendige Entscheidungen nicht drücken.

Die Kollegen, die etwa in ihren Gemeinden Verantwortung zu tragen haben, werden für Maßnahmen — davon bin ich überzeugt, weil ich es aus der Praxis sagen kann — eintreten, selbst wenn diese augenblicklich vielleicht nicht opportun erscheinen. Denn auf Sicht

lassen sich die Mitbürger ja doch nicht düpieren.

Natürlich wird die Opposition die Gelegenheit benützen, um Kritik anzubringen; das verstehen wir schon. Aber was alles im Zusammenhang mit diesem Problem bei der Verabschiedung der Gesetzesvorlage schon damals im Juni 1980 und auch jetzt wieder im Nationalrat herhalten mußte und was auch hier im Bundesrat in Neuaufage wiederholt wurde und wiederholt wird, das, meine Damen und Herren, ist eigentlich ein Armutszeugnis für eine Partei, die einmal — es ist allerdings schon ziemlich lange her — doch eine Rolle in diesem Staat gespielt hat.

Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß die Österreichische Volkspartei tatsächlich nicht in der Lage ist, ihrer Funktion als konstruktive Oppositionspartei gerecht zu werden, und daß sich ihre Vertreter im allgemeinen mit billigen Polemiken begnügen, auch wenn sie bei Kollegen Stummvoll zwar in eine rhetorisch gedrechselte Form gegossen wurden. Ich muß aber feststellen, sie unterscheiden sich inhaltlich keineswegs von den anderen fast armseligen Argumenten (Bundesrat Dkfm. Dr. Pise c: *Das sind aber Wahrheiten!*), und das zu meiner Überraschung bei dem Niveau, das wir von Dkfm. Dr. Stummvoll an sich erwarten können.

Ich werde Ihren Behauptungen, Herr Kollege, einige konkrete Tatsachen entgegenhalten, obwohl Sie zum eigentlichen Thema außer einigen banalen und obendrein unrichtigen Feststellungen an sich ja sehr wenig zu sagen gewußt haben.

Wir müssen, wie gesagt, mit Bedauern feststellen, daß diese Partei die Rolle übernommen hat, die etwa in den niederösterreichischen Gemeinden in der USIA-Zeit die Kommunistische Partei — allerdings mit dem bekannten Ergebnis — zu praktizieren versuchte, nämlich gegen jede Tarifregelung zu stimmen und dabei Lizitationsforderungen auf allen möglichen Gebieten zu deponieren. (Bundesrat Stocker: *Und wie war das zwischen 1966 und 1970?*)

Der PKW wurde unter den Sozialisten vom Gebrauchsgut zum Luxusgut, wurde behauptet. Na schön. Dann können sich eben, seit die Sozialisten die Verantwortung in diesem Staat übernommen haben, Millionen mehr Österreicher diesen Luxus leisten, denn die Zahl der PKW hat sich in diesen zehn Jahren bekanntlich verdoppelt.

Für den Großteil von ihnen ist das Auto trotz forciertem Ausbau der Massenverkehrsmittel natürlich kein Luxus — das wissen wir

14996

Bundesrat — 408. Sitzung — 26. März 1981

Schickelgruber

schon —, sondern ein wichtiger, oft unentbehrlicher Gebrauchsgegenstand. Dafür nimmt der Österreicher die laufenden Preissteigerungen in Kauf, wie die Auto-Rekord-Verkaufsabschlüsse beweisen. Daran ändert auch die Meldung nichts, die wir gestern gehört haben, daß der Absatz jetzt um 10 Prozent zurückgeblieben sei. Zurückgeblieben hinter den unerwarteten Rekordergebnissen des Vorjahres, dürfen wir nicht vergessen! Gemurrt wurde und wird oft über die langen Wartezeiten bei besonders gefragten Wagentypen, die meist nicht gerade zu den billigsten gehören.

Aber der österreichische Autofahrer — und das, glaube ich, ist wichtig und wesentlich — erwartet auch, daß das Straßenverkehrsnetz den Erfordernissen gerecht wird. Doch auch das, meine Damen und Herren, kostet Geld, Millionen, Milliarden.

Nun sind sich alle darüber einig, daß der Straßenbau forciert werden soll, noch mehr als bisher, trotz der jährlichen Milliardenaufwendungen dafür. Das Autobahnnetz hat sich ausbaumäßig seit 1970 mehr als verdoppelt, und dennoch fehlen noch fast 50 Prozent des Gesamtplanes. Das Schnellstraßennetz ist erst in einer Anfangsphase, und selbst bei den Bundesstraßen gibt es noch beträchtliche kostenaufwendige Wünsche.

Dazu bedarf es aber auch der Einnahmen, der Einnahmen aus den dafür vorgesehenen Steuermitteln. Was soll's, wenn hier und auch im Nationalrat neuerdings mit der großen Belastung der Bauern argumentiert wird. Da wird davon gesprochen, daß der Preis für einen Liter Dieselöl seit 1972 um 350 Prozent gestiegen sei. Auch hier wurde heute noch einmal darauf hingewiesen. Unbestritten! Und die allgemeine Energiepreisentwicklung, meine Damen und Herren, nicht nur in Österreich, sondern in der gesamten Welt?

Tatsache ist jedenfalls, daß gerade die Landwirtschaft durch die Mineralölsteuervergütung gegenüber der allgemeinen Entwicklung, die sicher nicht in unserem Bereich liegt, entlastet wurde und auch jetzt wieder eine Sonderregelung in ihrem Interesse vorgesehen ist. Wir neiden dies den Landwirten nicht, im Gegenteil: Gerade wir Sozialisten haben zum Unterschied von der seinerzeitigen ÖVP-Alleinregierung eben auf die besonderen Gegebenheiten stets Rücksicht genommen. Die Kollegen Berger und Ceeh haben dies ja schon eingehend dargelegt und die diesbezüglich vorgebrachten Argumente schlüssig widerlegt.

Es ist verständlich, daß Herr Bundesrat

DDr. Pitschmann heute wenig Lust verspürt, zu dem vorliegenden Antrag wieder Stellung zu nehmen. Bei der Antwort, die ihm Kollege Ceeh erteilt hat, kein Wunder, weil er seine eigenen Argumente und Worte, mit denen Herr DDr. Pitschmann in der ÖVP-Alleinregierung die damals erfolgte Erhöhung der Bundesmineralölsteuer leidenschaftlich verteidigte, glatt vergessen hat.

In die Verlegenheit kann natürlich Herr Kollege Dr. Stummvoll nicht kommen. Aber natürlich ist auch er dagegen.

Ich frage mich: Heißt die Parole denn wirklich unter Anlehnung an einen berüchtigten Ausspruch: Wir wollen den totalen Krieg in den politischen Auseinandersetzungen? — Gibt es wirklich keine sachlichen Überlegungen mehr?

Da wird mit dem Schlagwort „Autofahrer — Melkkuh der Nation“ polemisiert. Nun die Tatsachen, und vielleicht ist das die Antwort auf die kurze unrichtige Darstellung des Herrn Dkfm. Dr. Stummvoll.

1969 wurde als Teil des Gesamtverkehrskonzeptes eine Wegekostenrechnung erstellt, eine betriebswirtschaftliche Rechnung, wobei die Kosten für Bau, Erhaltung, Sicherung und Verwaltung der Verkehrswege zu ermitteln waren. Sinn und Zweck war, festzustellen, ob die direkten Einnahmen ausreichen, um den erforderlichen Aufwand zu decken. Als Ergebnis stellte sich schon damals ein „Straßendefizit“ heraus.

Um eine weitere sehr kostenaufwendige Gesamterhebung mit neueren Daten zu ersparen, wobei neben den finanz-, den verkehrs- und sicherheitspolitischen Gesichtspunkten noch zusätzlich auf Grund der Gegebenheiten auch regionale und umweltpolitische Aspekte dazugekommen wären, wurde eine einfache Studie in Auftrag gegeben. Sie liegt vor.

Mit Unterstützung der Nationalbank wurde vom IFES in Zusammenarbeit mit dem Kommunalpolitischen Dokumentationszentrum eine solche Entscheidungsgrundlage geschaffen. Hieraus ergab sich: An direkten Einnahmen stehen die Mineralölsteuer, die Bundesmineralölsteuer, die KFZ-Steuer, die Mauteinnahmen, der Straßenverkehrsbeitrag zur Verfügung. Dabei kommt der Bundesmineralölsteuer, wie Sie sicher wissen, der Schwerpunkt zu.

Die anteilige Entwicklung der Erträge aus der Bundesmineralölsteuer war jedoch nachweislich rückläufig. Diese Fakten wurden und werden von den Rednern der ÖVP immer ebenso geflissentlich übersehen wie die Tatsa-

Schickelgruber

che, daß die Bundesmineralölsteuer als Men-
gensteuer eingehoben wird.

Schon im Vorbericht wird darauf hingewie-
sen, und der Herr Abgeordnete Bauer von der
FPÖ hat im Nationalrat folgerichtig argumen-
tiert, daß bei den exorbitant steigenden Mine-
ralölpreisen mit einem Verbrauchsrückgang
auf Sicht zu rechnen sei. Das bedeutet also
ein weiteres Absinken der Einnahmen.

Soweit volle Übereinstimmung mit dem
Abgeordneten Bauer. Nur bei seinen weiteren
Ausführungen ist er — ich möchte schon fast
sagen: natürlich — wieder der demagogische
Oppositionelle.

Eine derartige Entwicklung ohne die ent-
sprechenden Konsequenzen kann aber wohl
nur von jemandem akzeptiert werden, der
stur an der Ansicht festhält, daß die vorgese-
henen Abgaben ohnehin völlig ausreichen;
das wurde ja auch heute wieder behauptet.

Ich möchte Ihnen die lange Liste der Ver-
gleichszahlen ersparen. Es müssen jedenfalls
— das ist das Resümee der Untersuchung —
beträchtliche Mittel aus allgemeinen Steuer-
erträgen zugeschossen werden. So betrug
etwa 1975 der „Deckungsgrad“ nur 51,9 Pro-
zent.

Welche Konsequenzen würden sich also
ergeben, wenn wir nach den Vorstellungen
der ÖVP die Sätze nicht anheben, nicht anpas-
sen würden? 1980 ergab sich gegenüber dem
Vorjahr ein Rückgang, wenn Sie wollen, eine
Ersparnis von 3,8 Prozent des Mineralölver-
brauches.

Bei anhaltender Tendenz — die keineswegs
negativ zu beurteilen wäre — ergeben sich
aus dem verringerten Bundesmineralölsteuer-
aufkommen weit weniger Mittel für den wei-
teren Ausbau der Straßen. Und das bei — wie
Sie sicher wissen — steigenden Baupreisen!
Weniger Mittel aber auch für die Erhaltung
bei steigenden Personal- und Sachleistungen.

Dazu kommt, daß natürlich beträchtliche
Mittel für Rückzahlungen und für die lau-
fende Erhaltung gebunden sind.

Kann man da an eine Reduzierung des
Straßenbaues denken, wenn man weiß, daß in
Österreich bereits 3,3 Millionen Kraftfahr-
zeuge gemeldet sind? Dabei mißbraucht die
Opposition doch jede Gelegenheit, um den
dringenden Ausbau in diesem und jenem
Bereich zu verlangen.

Na ja, aber alles doch wieder — ich möchte
Herrn Kollegen Stummvoll zitieren — auf
Kosten der Wirtschaft. — Nach den geschä-
digten Bauern also die geschädigte Wirt-
schaft! Herr Kollege Stummvoll hat es ja

besonders unterstrichen, und ich würde mich
wundern, wenn Herr Dr. Pisek in seiner
bekannten Art nicht noch dramatischer diese
Folgen darstellen würde.

Wir erkennen und verniedlichen keines-
wegs die Schwierigkeiten, mit denen die
Betriebe und die Unternehmen unter den der-
zeitigen weltwirtschaftlichen Gegebenheiten
fertig werden müssen. Gerade die sozialisti-
sche Bundesregierung mit unserem Bundes-
kanzler Dr. Kreisky — das werden Sie doch
nicht bestreiten — beweist und beweist immer
wieder durch konkrete Unterstützungsmaß-
nahmen, nicht mit schönen Worten, wie es
woanders geschieht, daß von dort alles
Menschenmögliche getan wird bei der Bewäl-
tigung der Probleme (*Bundesrat Dr. Stummvoll: Das Falsche! — Bundesrat Pumpernig: Herr Kollege, kommen Sie zu uns in die Steiermark, dann reden wir weiter!*), zu der alle ihren Teil beitragen müssen.

Auch dann ist diese Bundesregierung
bereit, zu helfen und beizutragen, meine
Damen und Herren, wenn die Hilferufe an die
Bundesregierung von Stellen kommen, die
noch wenige Wochen vorher sich jede Einmis-
chung in ihre betrieblichen Angelegenheiten
strikte verbeten haben. Da sind dann die
Betriebsräte gut, die um die Arbeitsplätze
ihrer Kollegen bangen, weil sie die Folgen von
Arbeitslosigkeit doch etwas gewichtiger beur-
teilen.

Ich möchte daher zum konkreten Thema
rein sachlich feststellen: Vergleichen wir die
Entwicklung der KFZ-Bestände, so ergibt sich
ein überproportionaler Zuwachs bei Fahrzeu-
gen für den Last-Schwerverkehr. Das gleiche
Bild zeigt auch ein Vergleich des Transport-
aufkommens, wobei die von Experten für 1985
geschätzten Zahlen, ich möchte fast sagen,
alarmierend sind.

Diese Entwicklung bedeutet aber eine
gewaltige Belastung der Straßen und erfor-
dert wesentlich mehr Mittel. Hier sind nicht
nur die zusätzlichen Aufwendungen im Inter-
esse des LKW-Verkehrs, wie größere Fahr-
bahnbreiten, Kurvenradien, geringere Längs-
neigungen (*Bundesrat Dr. Skotton: Wir
müssen den LKW-Verkehr subventionieren!*) — ich komme im Detail darauf —, Anlage von
Kriechspuren und so weiter zu finanzieren,
besonders gravierend sind die zusätzlichen
Ausgaben für Instandhaltung beziehungs-
weise Sanierung der Schäden. So verursach-
ten nachweislich 1977 3,23 Prozent — das ist
der Anteil der Schwerkraftfahrzeuge am
KFZ-Gesamtbestand — ein volles Drittel des
Gesamtstraßendefizits. Umgerechnet betrug
die Belastung durch einen schweren LKW

14998

Bundesrat — 408. Sitzung — 26. März 1981

Schickelgruber

30 300 S. pro PKW 1 133 S. Das heißt, das 27fache mußte für die „Brummer“ aufgewendet werden.

Ich glaube, diese Zahlen widerlegen die von der Opposition erhobenen Vorwürfe, die Steuerpolitik der Bundesregierung belaste die Wirtschaft unverhältnismäßig stark. Es ist dies sozusagen ein „Nebenprodukt“ der Gesamtdarstellung.

Die hauptsächliche Bedeutung liegt natürlich in der Notwendigkeit eines möglichst raschen Ausbaues des österreichischen Straßennetzes.

Mit den durch den vorliegenden Gesetzesantrag ermöglichten zusätzlichen Einnahmen aus der Bundesmineralölsteuer können wichtige Straßenzüge rascher realisiert und vorhandene Engpässe überbrückt werden.

Ich kann mir nicht vorstellen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, daß in den Bundesländern, die Sie hier vertreten, oder daß in Ihren Gemeinden keine aktuellen Wünsche in dieser Hinsicht an den Herrn Bautenminister vorhanden wären. Und hier, hier im Hohen Haus, stimmen Sie dagegen?

Für uns Sozialisten sind jedenfalls eine Reihe von sachlichen Gründen für unsere Haltung maßgebend, und ich stelle daher den

Antrag:

Der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 18. 3. 1981 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesmineralölsteuergesetz geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Ich übergebe dem Vorsitzenden diesen Antrag auch schriftlich.

Vorsitzender: Der von den Bundesräten Schickelgruber und Genossen eingebrachte Antrag, gegen den vorliegenden Gesetzesbeschuß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, ist genügend unterstützt und steht demnach zur Verhandlung.

Bundesrat Schickelgruber (fortsetzend): Ich begründe unseren Antrag kurz zusammenfassend nochmals:

1. Der weitere Ausbau des Straßennetzes ist bei der steigenden Verkehrs frequenz unabdingbar.

2. Die Verkehrsteilnehmer erwarten entsprechende Maßnahmen, die eine effiziente Bewältigung der Verkehrsprobleme ermöglichen.

3. Gute Straßen sind wesentliche Voraussetzungen für erhöhte Verkehrssicherheit. Schäden in Milliardenhöhe, vor allem aber unermessliches menschliches Leid können vermieden werden.

4. Österreich als Transitland würde im Verkehr ersticken, wenn nicht alle Anstrengungen auf diesem Gebiet erfolgten.

5. Der Fremdenverkehr ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Als Fremdenverkehrsland braucht Österreich gut ausgebauten Straßen.

6. Bauunternehmer und Bauarbeiter erhalten hier wichtige Aufträge, die längerfristig konzipiert für die Wirtschaft unerlässlich sind und die Vollbeschäftigung aufrechterhalten helfen.

7. Eine zusätzliche allgemeine Steuerbelastung als Ersatz für einen Einnahmeverzicht der direkten Angaben ist nicht zu vertreten. Anders wäre jedoch das Straßendefizit nicht abzudecken.

8. Landwirtschaft und Bundesbahnen werden durch eine Mineralölsteuervergütung entlastet.

9. Die Transportwirtschaft wird im Hinblick auf den von ihr verursachten Mehraufwand überproportional geschont. Eine Kritik von dieser Seite ist geradezu absurd.

10. Die von der Opposition bestrittene Zumutbarkeit ergibt sich aus dem jüngsten Preisschub bei Benzin, da derzeit vom 60-Groschen-Zuschlag nur die Mineralölfirmen profitieren, was den Vorstellungen der Konsumenten kaum entsprechen kann.

Dies, meine Damen und Herren, sind unsere sachlichen Überlegungen für diesen Beschuß.

Es ist offen gestanden bedauerlich, daß über ein so sachliches Problem kein einstimmiger Beschuß zustande kam, weil eben offensichtlich die ÖVP-Mandatare auf einen Oppositionskurs um jeden Preis eingeschworen wurden. Sie werden heute wieder einmal gegen einen Gesetzesantrag stimmen, der im Gesamtinteresse gelegen ist.

Sie werden mit dieser Politik bestimmt nicht glaubwürdiger. Sie verlieren nur den letzten spärlichen Rest an Reputation als Partei, die von der Wirtschaft etwas versteht. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender: Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Dr. Pisec. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Dkfm. Dr. Pisec (ÖVP): Herr Vorsitzender! Meine Herren Staatssekretäre! Hoher Bundesrat! Ehe ich mich den Details

Dr. Pisec

meiner Ausführungen widme, erlauben Sie mir, daß ich einige der Ausführungen des Herrn Bundesrates Schickelgruber ein bißchen konterkarriere, vor allem das, was er zum Schluß im Zusammenhang mit Kollisionskurs und einer kaum mehr vorhandenen Partei, einer immerhin staatstragenden Partei, gesagt hat.

Wir gehen nicht auf Kollisionskurs um jeden Preis. Es ist das Recht der Opposition, ihren Unmut und den Unmut der Konsumenten zu äußern, wenn eine neue Steuerbelastung eintritt. Die Konsumenten haben keine Freude mit Ihrer Steuerpolitik, verehrtester Herr Kollege, absolut nicht. Niemand in diesem Lande ist glücklich, wenn er jeden Tag neue Preiserhöhungen sieht; ich erinnere Sie nur an die Zigarettenpreiserhöhung, von der überhaupt niemand vorher gewußt hat. Aber bitte, es gibt ja noch mehr Dinge, die Sie sich einfallen lassen können bis zum Zahltag.

Wir gehen nicht auf Kollisionskurs um jeden Preis. Aber gerade bei der Bundesmineralölsteuer werden wir halt unangenehm daran erinnert, daß vor etwas mehr als zwei Jahren hier eine Regierungsvorlage gegen unsere Stimmen verabschiedet wurde, bei der es im Text gelautet hat — ich rede vom Straßenverkehrsbeitrag —: Damit eine Finanzierung für die über Gebühr vom Schwerstverkehr abgenutzten Straßen gegeben ist. Nicht ein Groschen davon ist bis heute für den Straßenbau verwendet worden!

Das, meine Damen und Herren, muß man noch einmal sagen, jedesmal wieder: Das war eine widmungswidrige Einführung einer neuen Steuer.

Ich darf Sie erinnern, daß die Wirtschaft mit Streik geantwortet hat. Ich darf Sie erinnern, daß in Salzburg Straßen blockiert waren (*Bundesrat Schipani: Da braucht ihr euch aber nichts darauf einzubilden!*), denn niemand konnte verstehen, warum auf einmal besteuert wird.

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Wenn Sie daher mit einer zusätzlichen, angeblich dem Straßenbau dienenden Steuerbelastung kommen, dann müssen wir Sie daran erinnern, daß Sie mit Ihrer Budgetpolitik einfach Schiffbruch erlitten haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir sind nicht dazu da, Ihre Budgetlücken immer wieder zu stopfen. Es sind nicht mehr 25 Milliarden Schilling, wie der seinerzeit berühmte Herr Bundesfinanzminister in den Perspektiven anführte, die er zur Tilgung benötigt, mittlerweile sind es 30 Milliarden Schilling geworden, und niemand weiß, wie-

viel letztlich noch herauskommt als Anteil an dem Budgetdefizit von 50 Milliarden Schilling. Welche gigantische Summe, wir leben schon mit solchen Summen!

Ich darf Sie erinnern, daß in der Zeit der letzten ÖVP-Regierung bei einem Budgetdefizit, das in der Größenordnung von 5 oder 6 Milliarden Schilling lag, ein riesen Wutschrei von den Bänken der Opposition ausgebrochen ist. Und heute versucht man uns einzureden, 50 Milliarden Schilling müssen bleiben, und man ist nicht einmal in der Lage, über solche „Kleinigkeiten“ wie einen Irrtum von 20 Prozent in der Rückzahlungsquote Rechenschaft zu geben.

Wenn das jemand in einem Betrieb macht, dann wird er zumindest in Schwierigkeiten geraten, wenn nicht noch etwas Ärgeres geschieht. Wir verlangen daher selbstverständlich eine ordentliche Staatshaushaltsführung, das ist unsere Pflicht.

Ich möchte Sie noch an etwas erinnern: An die Ausführungen des jetzigen Herrn Verkehrsministers und des Herrn Bundeskanzlers, die beschlossen haben, zur EWG zu reisen, damit endlich für unser Transitstraßensystem ein EWG-Beitrag erfolgen möge. Denn die Transitstraßen — besonders in Tirol — werden schon lange nicht mehr vom österreichischen Fernverkehr und Nahverkehr besonders benutzt, sondern vom durchziehenden Nord-Süd-Verkehr, und es wäre Angelegenheit der Regierung gewesen, zeitgerecht bei der EWG eine entsprechende Unterstützung zu verlangen und sie auch zu bekommen.

Ich darf Sie erinnern: In beiden außenpolitischen Berichten der Bundesregierung der letzten zwei Jahre war jeweils unter dem Passus EWG — bitte das nachzulesen — angeführt: Bestrebungen sind eingeleitet worden, um einen Zuschuß der EWG für unser Straßenverkehrsystem mit Rücksicht auf den Nord-Süd-Verkehr zu bekommen, und es gibt bereits erfolgversprechende Ansätze. — Die gibt es schon zwei Jahre, und wir hören noch immer nichts davon! Wo sind die Ergebnisse Ihrer Außenpolitik? (*Bundesrat Dr. Bösch: Sie kennen hoffentlich die EG!*)

Darf ich Ihnen noch ein paar Dinge dazu sagen. Wenn Herr Kollege Schickelgruber uns attackiert, dann müssen wir uns natürlich entsprechend zur Wehr setzen. Sie gestatten, das ist schon unser demokratisches Recht. (*Bundesrat Schipani: Sie sind sowieso unglaublich unglaublich!*)

Die Zahl 10 Prozent weniger Autoimporte ist nicht richtig, es sind 20 Prozent. Erfreulich oder nicht erfreulich — sie sind ein Zeichen.

15000

Bundesrat — 408. Sitzung — 26. März 1981

Dr. Pisec

Sie sind eines jener symbolhaften Zeichen der Krisis, wie sie eben in Österreich für Herrn und Frau Österreicher gegeben sind. Das Auto ist sein liebstes Spielzeug. Wenn der Österreicher beim Auto zu sparen beginnt, dann ist die Krisis von der Position des Konsumenten her sichtbar geworden.

Bitte betrachten Sie dieses vielleicht letzte Warnsignal noch einmal. Wir reden nicht dafür, daß mehr Autos importiert werden, wir machen Sie nur darauf aufmerksam, daß plötzliche eine Umkehrtendenz eingesetzt hat, und jetzt wird sie zusätzlich besteuert. Wo bleibt da die Logik?

Das zum Angriff des Kollegen Schickelgruber bezüglich billige Polemik, darf ich Ihnen das dazu extra sagen.

Ich würde ihn sehr bitten, die Frage der Bundesmineralölsteuer mit dem Herrn Verkehrsminister zu besprechen und ihn, den Bundeskanzler und den gewesenen Finanzminister auch daran zu erinnern, daß sie sich vor kurzem in der Mürz-Mur-Furche befunden und mit einer Generosität sondergleichen versprochen haben: Da wird eine neue Straße gebaut — durch den Semmering neuerdings, nicht mehr darüber —, ein Tunnel wird gemacht. Bitte nachzulesen in den Zeitungen. Damit die Leute in der VEW zufriedener werden, damit sie in dem einen Werk nicht abgeschnitten sind von dem anderen. Das wurde versprochen.

Es wurde weiter darüber geredet, daß die Autobahntrasse ausgebaut wird. Ich höre und sehe von allen diesen Dingen im Augenblick gar nichts. Warum? Nicht weil der Verkehrsminister es nicht kann, sondern weil er kein Geld dazu hat. Aber mit dieser Steuer allein werden Sie das Problem nicht ändern können.

Darf ich Sie erinnern: Als wir hier über das Fernmeldegesetz, über die Telefongebühren diskutiert haben, habe ich mir erlaubt darauf hinzuweisen, daß ein Großteil der Erträge, die in dem Gesetzentwurf vorgesehen waren, und zwar sind das Milliardenerträge, ins Budget hineinfließen. Ich habe Sie darauf aufmerksam gemacht: Wenn schon ins Budget, dann machen Sie eine Widmung für neue Investitionen. Das ist aber überhaupt nicht geschehen. Das Geld ist weg, ins Loch hineingefallen, aus! Daher auch kein forciertes Straßenausbau. Ein Zeichen der schwierigen Situation der Bundesregierung, ihrer Kopflosigkeit und ihrer wirtschaftspolitischen Unfähigkeit. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP. — Bundesrat Schipani: Was glauben Sie, warum Sie abberufen worden sind — wegen Tüchtigkeit?*)

Herr Staatssekretär Seidel, erlauben Sie mir, um fachlich einzugehen, weil das von Schickelgruber angesprochen wurde, daß es nicht so stark geschehen wäre, was nicht stimmt; er hat vielleicht dem Dr. Stummvoll nicht genau zugehört.

Im ursprünglichen Entwurf gab es einen Passus, der hat uns alle erschreckt. Das war das Hineinnehmen der Zolltarifnummer 2711 B 2, die Kohlenwasserstoffe oder gemeinhin Flüssiggase genannt.

Ich darf daran erinnern, daß die Regierung es übernommen hat, einen Energieplan zu erstellen, daß der Herr Energie- oder Handelsminister nach neuen Energiressourcen Ausschau hält, daß wir sogar Kommissionen in weitentfernte Länder schicken, um Kohle zu kriegen, zum Beispiel unlängst erst nach Australien. Nach Amerika werden sie jetzt reisen, in Großbritannien waren sie schon.

Wir haben hier einen Milliardenkredit verabschiedet, um die polnischen Kohlengruben auszubauen. Die liefern bis heute noch nicht einmal ein Kilogramm Kohle! Wir haben am gleichen Tag hier ein Exportfinanzierungssystem für den Export von Getreide nach Polen verabschiedet. Wir haben an einem Tag nach Polen einen Milliardenkredit vergeben, damit sie uns Kohle liefern, die wir wahrscheinlich kaum sehen oder wenn, dann in sehr ferner Zukunft, und am gleichen Tag den Export finanziert. Das eine war gut, das andere war kaum verständlich.

Solche Anstrengungen wurden gemacht, um Energiressourcen zu erschließen. Und eine Energiequelle, die praktisch vor der Haustür liegt, wurde durch diesen ursprünglichen Gesetzentwurf eigentlich konterkariert: das Flüssiggas. Das Flüssiggas Propan-Butan aus der Kohlenwasserstoffgruppe — manche von Ihnen werden es kennen — ist einer der saubersten Energieträger, und es ist ein billiger Energieträger.

Ich darf, Herr Staatssekretär, prophylaktisch, weil wir solche Angst davor haben, daß der Fiskus im Suchen neuer Steuerquellen vor nichts mehr zurückschreckt, doch noch einmal darauf aufmerksam machen: Wir begrüßen es zwar, daß dann im letzten Regierungsentwurf dieser Passus auf Grund des vehementen Einspruchs der Bundeswirtschaftskammer und der betroffenen Kreise herausgekommen ist, aber der Grundgeist, es überhaupt aufzunehmen in das Bundesmineralölsteuergesetz, zeugt davon, daß man die Bedeutung dieser Energiequelle nicht erfaßt hat.

Bitte die Stellungnahme der Bundeskam-

Dr. Pisek

mer vom 17. Oktober 1980 an das Finanzministerium nachzulesen, detaillierte Begründung: Nach einem Bericht der Energiekommission der EG — Commission of the European Communities — vom 29. Oktober 1979 wurde eine Studie erstellt über die derzeitige Situation und Entwicklung auf dem Sektor des LPG — Liquified Petroleum Gases. Dieser Bericht schließt mit der ausdrücklichen Empfehlung der Verwendung von Flüssiggas als Treibstoffalternative.

Wir haben das hier im Land schon begonnen. Bis jetzt kommen aber nicht mehr als 20 Prozent unseres Flüssiggasverbrauches in die Fahrzeuge, in den sogenannten automotiven Sektor, 80 Prozent werden verbrannt. Das wären also 30 000 Tonnen von 150 000 Tonnen Gesamtverbrauch. In den Niederlanden hingegen werden 300 000 Tonnen in Fahrzeugen verbraucht, in Italien 650 000 Tonnen. Dort hat man die Notwendigkeit des Liquidgaseinsatzes erkannt.

Was spricht denn dafür? Erstens eine starke zusätzliche Verfügbarkeit des Produktes. Man braucht also nicht weiß Gott wohin zu fahren und große Investitionen zu tätigen. Der Bedarf in Westeuropa wird sich von jetzt 15 Millionen Tonnen auf 30 Millionen Tonnen in den nächsten Jahren bis 1985 erhöhen. In Österreich könnte er sich erhöhen, wenn die notwendigen unterstützenden Maßnahmen der Administration einsetzen, insbesondere auf dem behördlichen Sektor der Zulassung der Investitionen.

Aus der Nordsee werden uns zusätzlich 4 Millionen Tonnen aus den dortigen Gasressourcen angeboten werden, die als Zusatzprodukt zur Rohölverarbeitung anfallen.

Die Gesamtweltproduktion, die 1978 16,2 Millionen Tonnen betrug, wird 1980 bis 1982, in diesen drei Jahren, 34,9 Millionen Tonnen erreichen und sich 1985 ziemlich sicher auf 47,9 Millionen belaufen beziehungsweise diese Menge nach einem OPEC-Bericht wahrscheinlich überschreiten, denn man rechnet damit, daß eine Zusatzmenge von 50 Millionen Tonnen ab dem Jahr 1985 angeboten wird. Das bedeutet eine sehr, sehr große Energiereserve.

Wir haben auch die Möglichkeit, wenn wir uns auf diese Energiereserve mehr konzentrieren, die Bedingungen beim Rohölkauf für uns zu verbessern, denn in Zukunft werden die Rohölproduzenten das Liquidgas mit anbieten.

Darüber hinaus, da Liquidgas ein billigeres Produkt im Einkauf ist, können wir unsere Handels- und Zahlungsbilanz entlasten.

Vergessen Sie bitte nicht, daß bei der Gewinnung von Benzin aus Rohöl 20 Prozent des Rohöls beim Raffinierungsprozeß als Energieeinsatz verlorengehen. Beim gleichen Prozeß tritt der Kohlenwasserstoff, der in der Form, wie er kommt, direkt im Automobil eingesetzt werden kann, als Beiprodukt auf, ist daher geldsparend.

Die technischen Vorteile: Es ergibt sich eine Energieersparnis beim Einsatz des Liquidgases in den Fahrzeugen von rund 10 Prozent energiemäßig, nicht litermäßig, denn der Energieanteil eines Liters Liquidgases ist bedeutend größer als der von Benzin.

Die Verwertung des Liquidgases ergibt noch einen besseren Wert als die des Diesels. Wenn man den Otto-Motor von Haus aus im Werk so einrichtet, daß er mit LBG betrieben werden kann, steigt dieser Wert sogar um 5 Prozent weiter an, es ergibt sich also eine 15 Prozent bessere Energieverwertung, als dies bisher bei den landläufigen Verbrennungsmotoren der Fall ist.

Und dann möchte ich Ihr Augenmerk auf etwas ganz Besonderes richten, Herr Staatssekretär, nicht nur, weil die Gemeinde Wien als erste westeuropäische Großstadt — das war ein Antrag der Wirtschaft, die sich sehr darum bemüht hat, und auch wir in Wien haben uns sehr bemüht — liquidgasbetriebene Citybusse einsetzt, nicht nur, weil das auch in Chicago und in Osaka der Fall ist, sondern einfach darum, weil Untersuchungen ergeben haben, daß die Umweltfreundlichkeit dieses Treibstoffes für die kommende Zeit im städtischen, im großstädtischen Verkehr nicht mehr wegzudenken sein wird. Es sind keine bleibhältigen Additive eingesetzt, daher gibt es auch keine Bleiemitrationen, Benzin ist bleiversetzt, Liquidgas nicht.

Die Abgase des Liquidgases enthalten weniger Kohlenmonoxyd und Stickstoffoxyd als die der Vergaserkraftstoffe. Die Beanstandung, die die Polizisten haben, die sich auch im Verkehr, im innerstädtischen Verkehr ergeben — denken Sie an den Innenring, wo sich 6 000 Menschen dagegen gewehrt haben, daß ihr Arbeitsplatz verpestet wird —, würden dann reduziert werden, wenn nicht überhaupt wegfallen.

Was noch wichtiger ist: die polynuclearen Aromatenabgase unterschreiten sogar die für Benzinmotoren gängigen Werte und liegen weit unter jenen für Dieselmotoren. Das sind die Krebsreger, auch die sind im Liquidgas nicht enthalten.

Obwohl für diesen so wichtigen Energieträger, der in Zukunft in der Umweltpolitik nicht

15002

Bundesrat — 408. Sitzung — 26. März 1981

Dr. Pisec

mehr wegzudenken ist, kein einziger Groschen staatlicher Förderung gegeben wurde, hat die Privatinitiative, haben sowohl die Wirtschaft wie auch private Konsumenten die notwendigen Investitionen vorgenommen, ohne bisher an den Staat heranzutreten. Aber es wird in Zukunft notwendig sein, die Lagermöglichkeiten zu erhöhen. Man muß das Produkt zwischenlagern, und dann wird man darüber reden müssen, ob man entsprechende steuerliche Maßnahmen setzen kann.

Zuallererst aber eine Forderung, verehrter Herr Staatssekretär: keine Steuerbelastung dieses Produktes in keinem Ministeriumsentwurf mehr, keine Mineralölsteuerbelastung! (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesrat Dr. Skottton: Das könnten Sie nur verlangen, wenn es die ÖVP-Regierung auch gemacht hätte! — Bundesrat Schipani: Selten so gelacht! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Herr Professor, ich darf Ihnen aus der Praxis anführen: In Italien hat man das probiert. Wissen Sie, was passiert ist? Die Leute haben die Flaschen mit dem Haushaltsliquidgas, das sind 80 Prozent des Bedarfes, in den Kofferraum gegeben, haben dann ihren Tank angeschlossen, und da sie nicht wußten, wie man es manipuliert, sind die Autos explodiert. Die Explosionsunfälle waren enorm, weil die Leute die Steuer unterlaufen wollten. (*Bundesrat Dr. Skottton: Das ist die Gefährlichkeit einer Steuerhinterziehung!*) Wir warnen daher davor, das in Österreich zu probieren.

Ich darf zusammenfassen: Solche Investitionen sind bei 30 000 Straßenverkehrsfahrzeugen, speziell Pkw, erfolgt. Jedes einzelne Fahrzeug wurde um zirka 12 000 S umgebaut, das sind allein 360 Millionen Schilling, von privaten Konsumenten getätigt im Vertrauen darauf, daß dieses Produkt nicht irgendwann einmal der rigorosen Besteuerung unterliegen kann. Und schon war es so weit im letzten Jahr, daß man es probiert hat! (*Bundesrat Schipani: Das ist doch purer Unsinn, was Sie da daherreden! Wer kann denn das schon annehmen?*)

Es wurden weiterhin zirka 200 spezielle Tankstellen errichtet; man kalkuliert eine mit 800 000 S, das sind 160 Millionen Schilling. Wenn man dazu rechnet die Lager-, die Vertriebseinrichtungen, die Ausstattung der Kfz-Werkstätten, um den Tank für die Autos, für den Kofferraum herzurichten, sind ungefähr eine halbe Milliarde Schilling bisher für die Verwertung dieses Rohstoffes investiert worden.

Das, meine Damen und Herren, spricht Bände, ohne irgendeine Hilfe des Staates, aus Eigeninitiative.

Hier liegt eine Möglichkeit, unserem Energieproblem zu Leibe zu gehen. Und ich wundere mich, daß das Gesundheitsministerium, dem der Umweltschutz obliegt, auch das Wissenschaftsministerium bei der Begutachtung geschwiegen hat. Ich wundere mich darüber. (*Bundesrat Dr. Skottton: Gesundheitsschutz und Umweltschutz sind Landessache, und Sie wehren sich dagegen, daß das Bündessache wird!*)

Und ich wundere mich darüber, daß der Handelsminister sich nicht damals gegen den Finanzminister beziehungsweise gegen seine Administration durchsetzen konnte. Das soll nicht mehr passieren, denn wir sind darauf angewiesen, einen vernünftigen Energieplan zu haben.

Herr Professor! Ihre Fraktion hat es unternommen, einen Energieplan zu erstellen. Der Herr Handelsminister ringt darum, der Herr Bundeskanzler hat sogar eine Energiekommission eingesetzt. Wir wissen bis heute nicht, was dabei herauskommt, aber eine Kommission haben wir! (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Gestatten Sie mir bitte, aus diesem Entwurf der EWG-Kommission vom 29. Oktober 1979 einen Satz zu verlesen: „Practical considerations in conversion to LPG.“ Seite 7 des Berichtes, Punkt 3.1:

„Taxation and Recovery of Conversion Cost: It is obvious that there must be some financial incentive, if motorists are to convert their vehicles to LPG. Since taxation of automotive fuels has so great an effect on consumer prices, Government fiscal policy is the most important factor in establishing an effective differential between gasoline und LPG price.“ (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) — Gleich übersetze ich es!

Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß der Staat, daß die Steuerbehörde anzureißen hat, daß sie den Verwender des LPG nicht zu besteuern, sondern zu fördern hat.

Das ist eine EWG-Empfehlung, meine Damen und Herren. Wir sind assoziiert mit der EWG, wir werden sogar eine Kommission in Kürze hinschicken, damit wir ins Gespräch mit dem EWG-Parlament kommen, das mittlerweile gewählt wurde. Darf ich Sie daran erinnern.

Wir haben daher solchen Empfehlungen in unserer gesamten Regierungspolitik Rechnung zu tragen. Wenn wir das tun, wenn wir diese bereits getätigte Investitionsfreudigkeit honorieren, wenn wir das Vertrauen, daß solche Investitionen nicht bestraft, sondern

Dr. Pisek

gefördert werden, rechtfertigen und Sie mit uns gehen, dann sehe ich eine wertvolle Möglichkeit, unsere Energieprobleme besser in den Griff zu bekommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Staatssekretär Dr. Seidel.

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dr. Seidel: Hoher Bundesrat! Erlauben Sie mir, daß ich kurz zusammenfassend die Hauptgründe noch einmal wiederhole, die zu diesem Antrag geführt haben.

Zunächst einmal ist die Bundesmineralölsteuer eine Mengensteuer: Schilling pro Kilo. Eine solche Mengensteuer verliert real an Wert, wenn sie nicht der laufenden Preisentwicklung angepaßt wird. Anpassungen sind bei Mengensteuern notwendig in einer Periode, in der das Preisniveau nicht stabil bleibt.

Nun waren diese Anpassungen in der Vergangenheit nur unterdurchschnittlich, und zwar gleichgültig, welche Maßstäbe Sie heranziehen. Ich denke gar nicht an den Rohölpreis als Vergleich. Bedenken Sie, daß die Belastung des Pumpenpreises mit Mineralölsteuer von 60 Prozent in den sechziger Jahren auf etwa ein Drittel jetzt gesunken ist; also die Mineralölsteuer ist bei weitem schwächer angehoben worden als die Rohölpreise.

Aber ich möchte diesen Vergleich gar nicht in den Vordergrund stellen.

Die Steuersätze sind auch schwächer gestiegen als die Verbraucherpreise und was dem Finanzminister und dem Straßenbau besonders weh tut: Die Sätze sind schwächer gestiegen als die Baukosten im Straßenbau.

Das, meine Damen und Herren, bedeutet, daß die reale Leistung, die aus der Mineralölsteuer kommt, gemessen an der Straßenbaukapazität, sinkt. Die jetzigen Überlegungen sind nur eine Anpassung an die gegebenen Bedingungen. Wie gesagt: eine Anpassung, die nicht gleichzieht mit der Steigerung der Verbraucherpreise, die nicht gleichzieht mit der Steigerung der Baukosten im Straßenbau.

Der Mehrertrag dieser Maßnahme wird rund 900 Millionen Schilling pro Jahr betragen. Ich halte eine Verstärkung der Straßenbaumittel im gegenwärtigen Zeitpunkt für notwendig, weil nach den Angaben der VIBOE, nach den Erhebungen der VIBOE gerade im Straßenbau die Auftragslücke größer ist als im Hochbau, obwohl wir mittelfristig wissen, daß beschäftigungspolitisch der Hochbau mehr bringt als der Straßenbau.

Aber worum es geht, ist, jene Mittel für den

Straßenbau verfügbar zu machen, die ein stärkeres Absinken der Straßenbautätigkeit verhindern.

Nun zur Frage Mehrwertsteuer. Die Mehrwertsteuer ist eine allgemeine Steuer, die für allgemeine Budgetzwecke verfügbar ist, und ich halte es nicht für denkbar, daß man diese Mehrwertsteuer jetzt in Abteilungen teilt und sagt, die auf der Mineralölsteuer lastende Mehrwertsteuer wird für den Straßenbau verwendet, ein anderer Teil wird anders zweckgebunden. So sehr ich das Bedürfnis nach mehr Mitteln im Straßenbau verstehe, so schwierig ist es, in der Frage der Mehrwertsteuer Konzessionen zu machen.

Schließlich zur Frage Flüssiggas: Ich habe dazu wenig zu sagen. Ich nehme die ausführliche Behandlung dieses Themas zur Kenntnis und ich bin sicher, daß im Rahmen energiepolitischer Überlegungen auch dieser Punkt angemessen berücksichtigt werden wird.

Ich danke für die Diskussion. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist nicht der Fall.

Wird von der Berichterstattung ein Schlußwort gewünscht? — Auch nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die dem Antrag der Bundesräte Schickelgruber und Genossen zustimmen, gegen den vorliegenden Gesetzesbeschuß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, um ein Handzeichen. — Es ist dies Stimmenmehrheit. Der Antrag, keinen Einspruch zu erheben, ist somit angenommen.

3. Punkt: Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 19. März 1981 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den Wirtschaftskörper „Österreichische Bundesforste“ geändert wird (2303 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung: Änderung des Bundesgesetzes über den Wirtschaftskörper „Österreichische Bundesforste“.

Berichterstatter ist Frau Bundesrat Leopoldine Pohl. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatterin Leopoldine Pohl: Durch den vorliegenden Gesetzesbeschuß des Nationalrates werden die Österreichischen Bundesforste in Entsprechung der gesetzlichen Bestimmungen des Datenschutzgesetzes ermächtigt, im Datenverkehr Dienstleistun-

15004

Bundesrat — 408. Sitzung — 26. März 1981

Leopoldine Pohl

gen für andere Auftraggeber zu erbringen. Außerdem wird der Wirtschaftsrat von neun auf zwölf Mitglieder bei Wahrung der Drittelparität erweitert sowie die Frist zur Erlassung von Verordnungen nach § 14 Abs. 4 um zwei weitere Jahre erstreckt.

Der Wirtschaftsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 24. März 1981 in Verhandlung genommen.

Der Antrag des Berichterstatters, keinen Einspruch zu erheben, fand keine Mehrheit und wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Da ein Beschuß des Ausschusses im Gegenstand nicht zustande kam, sieht sich der Wirtschaftsausschuß im Sinne des § 24 Abs. I der Geschäftsordnung veranlaßt, über seine Verhandlung diesen Bericht zu erstatten.

Vorsitzender: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Stoppacher. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Stoppacher (ÖVP): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren des Bundesrates! In den Erläuterungen der Regierungsvorlage des zur Debatte stehenden Beschlusses des Nationalrates betreffend das Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den Wirtschaftskörper Österreichische Bundesforste geändert wird, heißt es unter anderem, daß die Österreichischen Bundesforste als Wirtschaftskörper nach kaufmännischen Gesichtspunkten zu führen sind. In diesem Sinne ist es auch verständlich, daß die Datenanlage bei den Österreichischen Bundesforsten ausgelastet werden soll. Allerdings hätte ich, Herr Staatssekretär, dazu eine Frage.

Die Frage wäre, warum die Anlage seinerzeit über die Bedürfnisse der Bundesforste ausgelegt wurde, und zum zweiten, ob Sie, Herr Staatssekretär, nicht auch der Meinung sind, daß damit den privaten Unternehmungen in diesem Bereich eine echte Konkurrenz gemacht wird. Ist gesichert, daß die Ausnutzung der Datenlage bei den Österreichischen Bundesforsten durch auswärtige Benutzer nicht unter Umständen für die Bundesforste einen Kostenfaktor insofern darstellen könnte, daß die Kosten bei den Bundesforsten höher sein könnten als in einem Privatbetrieb?

Ein zweites: Im § 14 Abs. 4 des seinerzeitigen Gesetzes über die Österreichischen Bundesforste wurde als Frist ein Jahr für die Übertragung der einzelnen Liegenschaften und Realitäten an den Wirtschaftskörper Österreichische Bundesforste festgelegt.

Ich verstehe, daß man damals nicht mit Sicherheit wissen konnte, welche Zeit beansprucht werden wird, um diese Übertragung durchzuführen, und man hat infolgedessen mit der Novelle 1978 diese Frist auf drei Jahre verlängert.

In der jetzt zur Debatte stehenden Novelle steht in den Erläuterungen, daß zahlreiche Liegenschaften erst in den letzten Monaten genannt wurden und dadurch eben die Fristeinhaltung mit Ende des Jahres 1980 nicht möglich gewesen sei.

Nun verlängern wir neuerlich die Frist um ein weiteres Jahr, eben um das Jahr 1981, wobei wir allerdings sagen müssen, daß tatsächlich für die Arbeiten, die hier notwendig sind, maximal neun, unter Umständen nur acht Monate verbleiben, weil ja erst die Wirksamkeit des Gesetzes abzuwarten ist.

Ich hätte, Herr Staatssekretär, daher folgende Frage.

Erstens: Um welche Liegenschaften handelt es sich hier, nur beispielsweise?

Zweitens: Welche Gründe waren maßgebend, daß erst jetzt diese Liegenschaften nach mehr als drei Jahren genannt werden konnten, damit die Übertragung in den Wirtschaftskörper Österreichische Bundesforste erfolgen kann?

Ein weiteres: Die Österreichischen Bundesforste, meine Damen und Herren, stellen in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im besonderen, aber im allgemeinen auch in der österreichischen Wirtschaft einen bedeutenden Wirtschaftskörper dar. Man muß bedenken, daß die Österreichischen Bundesforste eine Fläche von 839 842 Hektar ihr eigen nennen beziehungsweise in ihrem Wirtschaftsbereich haben, und es ist interessant auch zu hören und festzustellen, daß diese Fläche gegenüber dem Jahre 1976 etwas zurückgegangen ist, und zwar um etwas mehr als 3 000 Hektar. Von dieser Gesamtfläche sind 37 832 Hektar produktive Nebengründe.

Und hier, Herr Staatssekretär, wieder eine Frage, ob es nicht möglich wäre, im einen oder anderen Fall bei diesen Gründen eine Aufstockung bäuerlicher Betriebe, Familienbetriebe zum Teil, vorzunehmen. Der Einschlag, meine Damen und Herren, der Österreichischen Bundesforste beträgt 2,1 Millionen Festmeter und man weiß daher, welche Bedeutung die Österreichischen Bundesforste mit einer Wertschöpfung von 1,725 Milliarden Schilling haben.

In diesem Betrieb der Österreichischen Bundesforste sind insgesamt im Jahr 1979

Stoppacher

4 333 Beschäftigte tätig gewesen. Gegenüber 1976 auch hier ein Rückgang, damals waren es 4 739. Die Aufteilung, meine Frauen und Herren, bedeutet, daß davon 2 999 Arbeiter und 1 334 Angestellte beschäftigt waren. Was für mich eine offene Frage ist, ist der Umstand, daß aus dem Jahresbericht über die Forstwirtschaft 1979 hervorgeht, daß von diesen gesamten Angestellten nur vier Bürolehringe beschäftigt werden.

Ich weiß nicht, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von der linken und der rechten Reichshälfte, ob es Ihnen anders geht, daß man dauernd gebeten wird, bei der Unterbringung von Mädchen und Burschen auf Lehrplätzen mitzuhelfen und mitzutun. Ich frage, Herr Staatssekretär, ob es nicht auch eine Möglichkeit geben würde und es im wirtschaftlichen Interesse der Zukunft der notwendigen Ausbildung geeigneter Fachkräfte wäre, daß auch die Österreichischen Bundesforste als großer Wirtschaftskörper hiezu ihren Beitrag leisten.

Und zum nächsten Punkt: Das wäre die Frage des Abänderungsantrages des Herrn Nationalrates Dipl.-Ing. Riegler, den er im Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft des Nationalrates eingebbracht hat. Ich möchte hier nur auf einen Punkt, und zwar auf den § 6.1 eingehen, in dem Nationalrat Riegler und Genossen vorgeschlagen haben, daß der Wirtschaftsrat, der die Österreichischen Bundesforste führt, in seiner Zusammensetzung neu geregelt wird. Und zwar meinten Riegler und Genossen, daß sieben Mitglieder durch den Hauptausschuß des Nationalrates nach dem Stärkeverhältnis der politischen Parteien im Nationalrat aufgeteilt werden sollten. Damit, meine Damen und Herren, wäre auch dem Antrag der Freiheitlichen Partei im Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft des Nationalrates entsprochen worden, daß ein Vertreter der Freiheitlichen in diesem Wirtschaftsrat vertreten wäre.

Zweitens: Der Leiter der für das Forstwesen fachlich zuständigen Sektion des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft.

Drittens: Ein vom Bundesministerium für Finanzen zu entsender Beamter aus dem Personalstand seines Ministeriums.

Und viertens — und hier bitte eine Neuerung —: Je ein Vertreter der Länder Salzburg, Oberösterreich und Tirol, mit der Begründung, daß in jedem dieser Bundesländer mehr als 20 Prozent der den Österreichischen Bundesforsten gehörenden Waldfläche liegt und damit wohl eine Berechtigung wäre, daß diese

Bundesländer auch in diesem Wirtschaftsrat vertreten wären.

Fünftens: Die sechs Vertreter des Zentralbetriebsrates der Österreichischen Bundesforste.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, daß die in diesem Antrag auch verlangte Entsendung von Vertretern der drei Bundesländer, in denen jeweils mehr als 20 Prozent der Waldfläche liegen, gerechtfertigt gewesen wäre und daß hier die Möglichkeit gewesen wäre, zu zeigen, daß man es mit dem Föderalismus und den berechtigten Länderrechten ernst meint. Ich muß mit Bedauern feststellen, daß sich in der Haltung der Mehrheit im Nationalrat gezeigt hat, wie es wirklich um die wahre Haltung zum Föderalismus und den Länderrechten steht.

Ich meine, meine Damen und Herren, daß wir sagen sollten, nicht an den Worten, sondern an den Taten muß man messen. Und nach dieser Messung der Taten muß ich sagen, daß es uns von der ÖVP-Fraktion leider nicht möglich ist und wir nicht in der Lage sind, diesem Antrag unsere Zustimmung zu geben. (Zustimmung bei ÖVP.)

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Gargitter. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Gargitter (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Dieser Novelle über den Wirtschaftskörper Bundesforste sind eingehende Beratungen im zuständigen Ausschuß des Nationalrates vorausgegangen, und es gab eine ausgiebige Debatte im Nationalrat.

Mein Vorredner hat versucht zu erklären, warum sich die ÖVP außerstande sah, im Landwirtschaftsausschuß, im Nationalrat und im Wirtschaftsausschuß des Bundesrates die Zustimmung zu geben.

Der Anlaß zu dieser Novellierung war das Datenschutzgesetz, der notwendige Passus zum § 3 wurde durch einen dritten Absatz ergänzt. Er lautet: „Die Österreichischen Bundesforste sind ermächtigt, Dienstleistungen im Datenverkehr für andere Auftraggeber durchzuführen“, denn im § 3 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 17. 11. 1977 ist ausdrücklich festgelegt: „Die Österreichischen Bundesforste sind nach Maßgabe des § 2 nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Bei Verwertung und Angebot ist auf die jeweilige Marktlage Bedacht zu nehmen.“

Eine wirtschaftliche Voraussetzung ist, Einrichtungen möglichst voll auszunützen. Dies ist für einen Betrieb oberstes Gebot, dazu

15006

Bundesrat — 408. Sitzung — 26. März 1981

Gargitter

gehört auch eine Datenverarbeitungsanlage. Daß so genau maßgeschneidert eine Datenverarbeitungsanlage bestellt werden kann, daß sie ganz genau zum Unternehmen paßt, das wissen die Leute unter uns sicherlich.

Eine weitere Veränderung betrifft den § 14 Abs. 4 — ich zitiere aus dem Gesetz: „Die im § 1 Abs. 2 genannten Sachen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes zwar vom Bund, aber nicht von den Österreichischen Bundesforsten verwaltet werden, sind von der Regierung je binnen fünf Jahren mit Verordnung in die Verwaltung der Österreichischen Bundesforste zu übertragen.“

Auch dieser Teil der Novellierung des Gesetzes dient ausschließlich der Erfassung des Gutes der Bundesforste und damit zur Voraussetzung für die Erzielung eines bestmöglichen betriebswirtschaftlichen Erfolges.

Den Stein des Anstoßes für die ÖVP bildete die vorgeschlagene Aufstockung des Wirtschaftsrates um zwei Mitglieder beziehungsweise um drei, wenn man den zusätzlichen Arbeitnehmervertreter hinzählt.

Im bestehenden Gesetz ist verankert, daß jede Partei, die im Parlament vertreten ist, Vertreter entsendet. Die Aufstockung, die vorgeschlagen wurde, erweiterte den Wirtschaftsrat von neun auf zwölf. Dem Wirtschaftsrat zugehörig sind: Parteienvertreter, der Leiter der Sektion für Forstwesen im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, ein hoher Beamter vom Finanzministerium und vier Vertreter der Arbeitnehmer, die einen sehr großen Beitrag zum Erfolg der Bundesforste geleistet haben.

Was hat die ÖVP verlangt? Die Aufstockung des Wirtschaftsrates von neun auf 18, weil auch Bundesländervertreter notwendig wären. Als dieses Gesetz 1977 zum erstenmal beschlossen wurde, hat man damals gesagt, es soll so bleiben, wie es ist, also wie vorgeschlagen. Ich werde noch darauf zurückkommen.

Diese Aufblähung ist unrealistisch und lediglich wirtschaftshemmend. Die bisherige Konstruktion und die nunmehrige Ergänzung ist ein Wirtschaftsratsgremium nach Maß für diesen Wirtschaftskörper. Die Umstrukturierung der Bundesforste nach dem Bundesgesetz vom 17. 11. 1977 brachte Organisationsveränderungen, Rationalisierungsinvestitionen, Neugliederung der kommerziellen Zielsetzung und Festlegung von Unternehmenszielen. Dies hat zu wirtschaftlichen Erfolgen geführt, die vor 1978 nicht denkbar waren.

Einige wirtschaftliche Feststellungen: Nach von mir eingeholten Informationen ist ersicht-

lich, daß das Unternehmenskonzept gut war. In der Zeit von 1975 bis 1978 — außer 1977 — war das Wirtschaftsergebnis passiv, Abgänge zwischen 70 bis 200 Millionen Schilling waren zu verzeichnen. 1979 nach dem Beschuß des neuen Gesetzes ausgeglichenen Geschäftsgebarung, 1980 200 Millionen Schilling Gewinn, Umsatz 1979 1,9 Milliarden Schilling. Auch 1981 kann man ein ähnliches Ergebnis erwarten wie 1980.

Mein Vorredner hat auch auf die Staatsfläche hingewiesen. Zehn Prozent der Staatsfläche sind Bundesforste, vorwiegend auf unwegsamem Gebiet, die aufgeschlossen wurden und werden. 3 200 Arbeiter, 1 300 Angestellte arbeiten an 80 Standorten des Bundesgebietes.

Die Forstgesetze werden überaus peinlich eingehalten. 45 000 Servitutsrechte werden erfüllt, das bedeutet 95 Millionen Schilling Sachleistungen im Jahr 1979. Der Beitrag für den Fremdenverkehr durch die Aufschließung der Alpenregionen ist nicht abschätzbar. Damit wird eine hohe Leistung der Bundesforste zur besseren wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesländer erbracht.

Ich stelle daher den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 19. 3. 1981 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den Wirtschaftskörper Österreichische Bundesforste geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Ich übergebe dem Herrn Vorsitzenden Dr. Schwaiger den schriftlichen Wortlaut dieses Antrages mit den nötigen Unterschriften.

Abschließend möchte ich den Arbeitnehmern, den Betriebsräten und dem Management danken, daß Sie in so kurzer Zeit, wenn auch äußere Umstände dies erleichtert haben, bei den Bundesforsten so gute wirtschaftliche Erfolge erzielen konnten.

Zum Abschuß zitiere ich zwei Absätze aus dem Jahresbericht 1979 der Österreichischen Bundesforste: „Aufgabe der Österreichischen Bundesforste ist gemäß § 2 des Gesetzes im Rahmen der forstrechtlichen und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen vor allem die Erzielung eines bestmöglichen betriebswirtschaftlichen Erfolges bei der Produktion und der Verwertung des Rohstoffes Holz und der forstlichen Nebenprodukte, allenfalls deren Weiterverarbeitung sowie die bestmögliche Verwaltung des Betriebsvermögens.“

Und jetzt bitte, meine Damen und Herren: „Bei der Erfüllung der vorgenannten Aufga-

Gargitter

ben haben die Österreichischen Bundesforste auf folgende weitere Zielsetzungen Bedacht zu nehmen: nachhaltige Wirtschaftsführung, Sicherung und Weiterentwicklung der Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkungen des Waldes, Erhaltung wichtiger Trink- und Nutzwasserreserven, Berücksichtigung der Interessen der Landwirtschaft insbesondere der bergbäuerlichen Betriebe sowie sonstige öffentliche Interessen. Flächen außerhalb des Waldes, die sich für Erholungszwecke eignen, wie Seeufer, sind diesen Zwecken zugänglich zu machen. Mitwirkung an der Gestaltung von Naturparks, Verbesserung der Betriebsstruktur.“

Aus diesen beiden Absätzen ist ersichtlich, daß eine Zerschlagung der Bundesforste, wie sie da und dort von der ÖVP verlangt wird, auch regionale Nachteile bringen würde.

Wir wünschen den Österreichischen Bundesforsten und ihren Arbeitnehmern weitere wirtschaftliche Erfolge als bedeutender wirtschaftlicher Faktor Österreichs. Ich danke schön. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender: Der von den Bundesräten Gargitter und Genossen eingebrachte Antrag, gegen den vorliegenden Gesetzesbeschuß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, ist genügend unterstützt und steht demnach zur Verhandlung.

Weiters ist zu Wort gemeldet Herr Bundesrat Sommer. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Sommer (ÖVP): Herr Vorsitzender! Herr Staatssekretär! Hoher Bundesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe zu meinem Erstaunen gehört, daß die Österreichische Volkspartei an eine Zerschlagung der Österreichischen Bundesforste denken sollte. Ich weiß nicht, Kollege Gargitter, wo Sie das her haben. Die Österreichische Volkspartei ist immer für diesen Wirtschaftsbetrieb eingetreten und hat alles getan, um hier einen Wirtschaftskörper — und das geht ja sogar bis in die Erste Republik zurück — aufzubauen, der seinen volkswirtschaftlichen Aufgaben gerecht wird. Hier steht auch heute die Österreichische Volkspartei voll und ganz hinter den Aufgaben des Wirtschaftsbetriebes Österreichische Bundesforste. Das einmal zur Klarstellung. (Beifall bei der ÖVP. — **Bundesrat Mag. Kary:** Die ÖVP-Landeshauptleute verlangen den Verkauf!)

Zwischen einer Zerschlagung und irgendeiner Flächenbereinigung ist ja noch ein Unterschied. Im übrigen bemühen sich die Österreichischen Bundesforste, wo immer es geht, um Bereinigungen der Forstgrenzen und

Ankäufe, um Einschneidungen zu vermeiden und eine größtmögliche Flächenbewirtschaftung, zu einer besseren Nutzung, meine Damen und Herren, zu erreichen. (Beifall bei der ÖVP.)

Das ist es ja, was Ihnen offensichtlich nie ganz eingegangen ist, daß man wirksam wirtschaften soll, erfolgreich wirtschaften soll und nicht alles durch die politische Brille sehen sollte. (Bundesrat Gargitter: Das hat man ja seit 1978 bewiesen!)

Aber ich glaube, heute ist schon einmal beim zweiten Tagesordnungspunkt so angeklungen, man soll nicht immer politische Demagogie betreiben, man sollte zusammenarbeiten, um Probleme zu lösen. Gerade die Österreichischen Bundesforste, die im Jahr 1975 ihr 50jähriges Bestandsjubiläum gefeiert haben, wären der Anlaß für eine Zusammenarbeit, denn dieser Betrieb, der wie wenige andere imstande ist, Gewinne zu erzielen, und zwar von Anbeginn an. Ich weiß schon, manchmal wird das volle Erfolgserlebnis bei Ihnen erst am 1970 registriert, aber dort setzen die Überschüsse schon 1952 ein.

Natürlich war in der Nachkriegszeit erst einmal mit allerlei Verlusten zu rechnen, die auch eingetreten sind. Aber dann kam die Welle des Erfolges, und die Arbeit, die dort geleistet wurde, brachte dem Staat Hunderte Millionen Schilling. Es gab Jahresgewinne über 300 Millionen Schilling im Normalgeschäftsbetrieb, ohne daß ich jetzt auf besondere Geschäftsbeeinflussungen durch Windwurf, durch Holzpreisgestaltung und so weiter eingehen will, sondern nur durch die normale Tätigkeit.

Ich schließe mich gerne dem Dank an die Arbeitnehmer in diesem Betrieb an, zeigen die öffentlich Bediensteten doch, wenn sie in rein wirtschaftlichen und nicht nur in Hoheitsbereichen eingesetzt sind, daß sie durchaus imstande sind, Leistungen zu erbringen, die sich mit der Privatwirtschaft vergleichen lassen. Nur muß man ihnen auch die Möglichkeit der freien Entfaltung und eines entsprechenden Einsatzes geben. Ein Musterbeispiel von neuen, modern ausgestalteten Bundesbetrieben sind die Salinen, die ja auch von einem Generaldirektor geführt werden.

Generaldirektor Eggel ist seit 1967 verantwortlich für die Geschehnisse in den Österreichischen Bundesforsten und ein Musterbeispiel für die Führungsqualität in einem Betrieb, nämlich dafür, daß man in einem solchen Betrieb, auch wenn er von der öffentlichen Hand geführt wird, sehr wohl Gewinne erzielen kann.

15008

Bundesrat — 408. Sitzung — 26. März 1981

Sommer

Ich schließe mich also gerne und aufrichtig diesem Dank an die Arbeitnehmer und an die Führung dieses österreichischen Bundesbetriebes, dieses wichtigen Bundesbetriebes durch Generaldirektor Eggl an. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist auch schon erwähnt worden, welche Aufgaben die Bundesforste zu erfüllen haben. Man denke noch daran, daß gerade mit den immer stärker werdenden Fragen des Umweltschutzes die Bundesforste mit einer etwa 15prozentigen Waldfläche in Österreich eine besondere zusätzliche Aufgabenstellung zu übernehmen haben, an die ursprünglich ein Waldbesitzer gar nicht zu denken hatte.

Was darüber hinaus an Jagd-, Fischereirechten, aber auch Servitutsrechten für die Bevölkerung zu beachten ist, zeigt sehr deutlich, wie weit dieser Großbetrieb Österreichs für die gesamte Bevölkerung tätig zu sein hat und darauf Rücksicht zu nehmen hat.

Daneben ist er aber auch belastet, belastet mit zum Teil jetzt abgelösten Patronaten, zum Teil belastet mit Pensionen und ähnlichen Dingen, die ein Privatbetrieb nicht zu tragen hat. Umsomehr ist es anzuerkennen, wenn dieser Betrieb floriert, und das sollte man auch immer wieder bedenken. Er floriert nicht durch besondere politische Einflußnahme, sondern durch die Tüchtigkeit der Menschen, die in diesem Betrieb arbeiten.

Hier zeigt sich, daß der Herr Bundesminister gerade in diesem Bereich sehr harte politische Personalmaßnahmen setzt, obwohl ja auch er, aus der Gewerkschaftsbewegung kommend, für die Zusammenarbeit sein sollte. Wenn er auch dann offiziell sagt, das sei Sache des Vorstandes, so weiß man doch ganz genau, daß ein Wort von ihm genügen würde, das miteinander dort zu ermöglichen.

Es sieht aber nun doch so aus, daß hier, gerade was die Personalführung und was die Machtbefugnisse des Managements betrifft, sehr massive, aus rein politischem Gedanken-gut gekommene Maßnahmen gesetzt wurden und leider auch in dem einen Fall ein persönliches Gespräch von mir, quasi von Gewerkschafter zu Gewerkschafter, um einem hochqualifizierten Beamten seine Laufbahn zu erhalten, nicht möglich war und zu keinem Erfolg geführt hat.

Daher sollte man, wenn man von Zusammenarbeit spricht, diese Zusammenarbeit nicht nur verbal in die Auslage stellen, sondern dort, wo man die Möglichkeit hat — und Sie haben ja durch Ihre Regierungsmehrheit die Möglichkeit —, zeigen, daß es Ihnen mit dem Zusammenarbeitsbegriff ernst ist, näm-

lich an Ort und Stelle dort, wo ein gemeinsamer Weg möglich wäre, diesen auch zu beschreiten. Aber gerade in diesem Bereich haben Sie oft diesen gemeinsamen Weg verlassen.

Sie dürfen sich daher nicht wundern, nachdem Sie auch bei den Wünschen über die Führung, wie sie im Ausschuß des Nationalrates behandelt wurden, kein Verständnis für die Vorstellungen der Österreichischen Volkspartei über einen gemeinsamen Weg gezeigt haben, daß es eben zu unserer heutigen Haltung und auch zur Ablehnung im Nationalrat gekommen ist. (*Bundesrat Schipani: Das tut niemandem weh!*)

Denn auch dort wäre ja ohne weiteres die Möglichkeit gewesen. Wenn man es mit dieser Zusammenarbeit ernst nimmt, wenn man einen Weg ehrlich gesucht hätte, dann hätte man ihn sicher auch gefunden, um zu einer gemeinsamen Regelung zu kommen, sie gemeinsam zu beschließen und so das zu dokumentieren, was wir gerade in diesem Zusammenhang immer hören: Man ist ja für die Zusammenarbeit.

Also setzen Sie bitte Taten und nicht nur Aussagen, die sich vielleicht in der Öffentlichkeit gut anhören.

Was aber für die Österreichischen Bundesforste selbst wichtig ist: daß man sie arbeiten läßt und ihnen nicht durch politische Personalmaßnahmen ihr großes Aufgabengebiet, ihre schwierigen Aufgaben noch zusätzlich erschwert.

Sie dürfen doch nicht glauben, daß ein Wirtschaftsbetrieb besser arbeitet, wenn personalpolitische Maßnahmen mit Gewalt zu Postenbesetzungen mit SPÖ-Vertrauenspersonen führen. Das ist doch in einem Wirtschaftsbetrieb völlig uninteressant. Wichtig ist, daß qualifizierte Fachleute ihre Tätigkeit zum Wohle des Betriebes ausüben. (*Bundesrat Schipani: Haben Sie das dem Lichal in Niederösterreich auch schon gesagt?*) Ja, der weiß das auch. (*Bundesrat Dr. Skottan: Dort gilt: Wer ein Sozialist ist, ist kein qualifizierter Fachmann! Nur „Schwarze“ sind qualifizierte Fachleute!*)

Ihr habt in Niederösterreich jetzt ein Auschreibungsgesetz, das ganz genau auf die Möglichkeiten Rücksicht nimmt. Es kann jeder, der die Qualifikationen hat, auch in Niederösterreich etwas werden. (*Bundesrat Dr. Skottan: Nicht einmal Straßenkehrer kann ein Sozialist in Niederösterreich werden!*) Vielleicht in Wien, aber nicht in Niederösterreich. (*Bundesrat Dr. Skottan: Gibt es in Niederösterreich einen einzigen sozialistischen Bezirkshauptmann?*)

Sommer

Liebe Freunde von der SPÖ! Man hat allerdings in Niederösterreich zwei Beispiele vor gestellt, wo man gesagt hat, weil die ÖVP so bös' ist, können zwei SPÖ-Leute nicht Bezirkshauptleute werden. Bitte nachzulesen: Diese beiden Kandidaten hatten nicht die vorgeschriebene Qualifikation. (Bundesrat Dr. Skottton: *Das stimmt ja nicht!*) Sie wissen es ja, wie ich aus Ihrer Heiterkeit annehmen darf. (Bundesrat Dr. Skottton: *Das ist ja zum Lachen! Der Hofrat Dr. Kleedorfer hat keine Qualifikation! Das muß man sich anhören!*) Die vorgeschriftenen Zeiten in der Bezirkshauptmannschaft hat er nicht. Man muß eben zwei Jahre in einer BH gearbeitet haben, bevor man Bezirkshauptmann werden kann, und das haben die Herren halt nicht. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*) Das kann man durch ein politisches Büro nicht ersetzen. (Bundesrat Schipani: *Voraussetzung für eine Qualifikation ist eben ein Schmiß, ein Trumm Schädel und ein kleines Kappi: CV-Mitglied!*)

Zurück aber bitte zu den Bundesforsten.

Die Bundesforste haben sich, wie ich ausge führt habe, und das zu unterstreichen, scheint mir unbedingt notwendig, nicht erst seit 1970, 1973 oder 1977 fortentwickelt, sondern konti nuierlich in der zweiten Republik nach Über windung der Nachkriegsschäden einen durch aus positiven Aufstieg genommen. Das ist das entscheidende.

Tun Sie jetzt bitte nicht so, als ob es erst jetzt, wo Sie die Regierungsgewalt haben, mit diesem Betrieb aufwärts ginge. (Bundesrat Schipani: *Das hat niemand gesagt. Auch unter der ÖVP-Zeit sind die Bäume gewachsen!*)

Es hat nur einen einzigen Rückschlag ge ge ben, der durch den gewaltigen Windwurf, durch diesen Katastropheneinbruch im Jahre 1966/1967 geschehen ist. Alles andere war durchaus positiv und das sollte hier auch gründlich einmal vermerkt werden.

Auch die Modernisierung hat ja frühzeitig in den sechziger Jahren eingesetzt und man hat sich umgestellt auf die Datensysteme, auf die Buchhaltungssysteme und hier versucht, einen ganz modernen Betrieb aufzubauen.

Daher ist es sicher schädlich, wenn ein Bun desbetrieb von der Qualität der österreichi schen Bundesforste, wo sich tausende öffent liche Bedienstete bemühen, für die österrei chische Bevölkerung das beste zu geben, nun in die politische Diskussion gezogen wird, nur deswegen, weil die Regierungsmehrheit nicht bereit ist, berechtigte Anliegen der österrei chischen Volkspartei zu beachten.

Ich bitte, nehmen Sie zur Kenntnis, an sich war immer hier die Bereitschaft zur Zusam menarbeit gegeben, aber die Zusammenarbeit muß von der Regierungsmehrheit auch tat sächlich wahrgenommen werden.

Die Österreichischen Bundesforste gehören nicht der Sozialistischen Partei Österreichs, sondern dem österreichischen Volk (*Beifall bei der ÖVP*), und aus diesen Gründen sehen wir uns außerstande, der Regierungsvorlage, dem Beschuß des Nationalrates, die Zustim mung hier im Bundesrat zu geben. (*Beifall bei der ÖVP. — Ruf: Aus rein machtpolitischen Erwägungen heraus.*)

Vorsitzender: Zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesrat Dr. Lothar Müller. Ich erteile es ihm.

Bundesrat Dr. Lothar Müller (SPÖ): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Die beiden Vorredner von der ÖVP-Frak tion haben hier einige Aussagen gemacht, die ich natürlich nicht unwidersprochen lassen kann und auch nicht unwidersprochen lassen möchte.

Auf der einen Seite hat der Kollege Stopp acher antiföderalistisches Gedankengut, anti föderalistische Handlungen und so weiter, aus diesem Bereich herausgelesen. Es hat, soweit ich informiert bin, 1977 die Regelung des Wirt schaftsrates gegeben, ich habe vor mir die Stellungnahme meiner eigenen Landesregie rung liegen, und ich kann mir nicht vorstellen, daß die von anderen wesentlich anders ausge schaut haben. Hier heißt es am 8. Oktober 1980, ich zitiere mit der Genehmigung des Vorsitzenden ausnahmsweise diesmal in Deutsch und nicht in Englisch:

„Gegen den übersandten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über den Wirtschaftskörper Österreichische Bundesforste geändert wird, bestehen keine Bedenken. Es wäre allerdings die Fristverlängerung um zwei Jahre zu erwägen, da zu befürchten ist, daß die gesetzlich vorgesehene Eigentumsübertragung nicht bis 1. Juli 1981 durchgeführt werden kann.“

Diese Sache wurde hier ja schon behandelt, aber es ist überhaupt kein Einspruch bezie hungsweise keine Anregung nach den kurz vorher erfolgten Verhandlungen von seiten der Landesregierung erfolgt, hier Änderun gen zu treffen.

Ich werde nachher noch darauf eingehen, wie man die westlichen Bundesländer, die den hohen Anteil an Bundesforsten haben, ander weitig oder auf eine vielleicht demokrati

15010

Bundesrat — 408. Sitzung — 26. März 1981

Dr. Müller

schere und abgebrachtere Weise in den Wirtschaftsrat hineinbringen könnte.

Das heißt also, antiföderalistische Momente von unserer Seite aus diesem Gesetzverdungsvorgang herauszulesen, ist etwas, was ich zumindest als „starkes Stück“ bezeichnen würde.

Zum Bundesrat Sommer: Er hat abgeschwächt, er hat gesagt, in Salzburg, na ja, es ist ein bissel diskutiert worden und so weiter, kein Mensch will die Zerschlagung des Bundesrates. (*Rufe bei der ÖVP: Der Bundesforste!*) Der Bundesforste, Entschuldigung. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Gehen wir jetzt wieder zu den Bundesforsten. Soweit ich informiert worden bin, ist das gar nicht so nur ein wenig diskutiert worden, die Zerschlagung — vielleicht ist das ein sehr starkes Wort — aber diese Sache um die Bundesforste. Es ist den Salzburgern nicht um die Flächenbereinigung gegangen, sondern immerhin um die Übertragung der Bundesforste in die Landeskompetenz. Hier liegt ein gravierender Unterschied vor. Ich bin überzeugt davon, daß die sozialistische Fraktion solchen kleinen Nadelstichen — und mit dem wird es immer wieder beginnen von Ihrer Seite — sehr heftigen und energischen Widerstand entgegensemmt wird.

Noch dazu im Anschluß daran, Herr Bundesrat Sommer, da haben Sie über den Generaldirektor Eggel gesprochen — ich kenne ihn eher aus der Ferne, aber immerhin —, haben zuerst seine Tüchtigkeit gelobt und dann gegen Ende Ihrer Rede sind Sie heran gegangen und haben so getan, als wäre der Generaldirektor, dem Sie soviel Tüchtigkeit zugeschrieben haben, dem Sie soviel Dynamik und soviel Verantwortungsbewußtsein zugeschrieben haben, auf Geheiß des Bundesministers von irgendwelchen Parteisekretären verdrängt worden.

Na, ich stelle mir jetzt die Frage: Ist der Herr Doktor oder Diplomingenieur Eggel nach wie vor Generaldirektor der Österreichischen Bundesforste? Soweit ich weiß, ist er das. Ist er tüchtig? Ist er verdrängt worden? Ja oder nein? Soweit ich weiß, stimmen diese personalpolitischen Unterstellungen, die Sie machen, in keiner Weise.

Wir wissen alle ganz genau, daß Eggel mit dem Unternehmenskonzept in wesentlichen Teilen offensichtlich nicht einverstanden war, aber eines kann man nicht verlangen, man kann nicht hergehen, wenn es einem angenehm ist, auf die Ministerverantwortlichkeit hinweisen und wenn es einem nicht angenehm ist, daß man nachher sagt, na ja, der

Minister, der soll keine Entscheidungen treffen. Das zu meinen Vorrednern.

Der Wirtschaftskörper Österreichische Bundesforste selbst ist ja nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu führen, die Vorredner auch von der ÖVP-Fraktion haben darauf hingewiesen, daß die Erfüllung dieser Prinzipien in den letzten Jahren auch gut gelungen ist, daß seit 1978 eine positive Gebarung vorliegt und daß 1980, das ist auch im Nationalrat schon gesagt worden, mit einem Gewinn von zirka 200 Millionen zu rechnen ist.

Man möchte also meinen, daß es niemand als besonders sinnvoll erachten dürfte, Auseinandersetzungen in dieses gut und positiv geführte Unternehmen hineinzutragen.

Jetzt ist von Ihrer Seite und durch Ihre Initiativen genau das Gegenteil eingetroffen. Ich habe vorgestern oder gestern in der „Tiroler Tageszeitung“ gelesen, die ich hier anführen möchte, daß der Bundesparteiobmann der ÖVP in Tirol dringend gebeten worden ist, die Neinsagerrolle der ÖVP aufzugeben. Gereduzt auf politischen Knien kommen jetzt die Bündepolitiker zu ihrem Parteiobmann und sagen: Geh doch endlich weg von dieser ewigen Neinsagerrolle der ÖVP. Anscheinend ist das alles umsonst. Er lebt nämlich in den Umständen, und es ist das Phänomen in Ihrer Partei eingetroffen, daß ihn seine eigenen Fraktionen im Stich lassen, und das beste Beispiel ist Ihr Verhalten, Ihr Abstimmungsverhalten, zukünftiges Ihr im Bereich der Novellierung, über die wir jetzt sprechen.

Für mich gibt es keinen erklärbaren Grund (*Zwischenruf des Bundesrates Stoppacher*), für mich gibt es, Herr Bundesrat Stoppacher, keinen einsichtigen Grund, und das hat mir keiner von Ihnen beiden beweisen oder anführen können, warum Sie heute gegen diese Novellierung sind. Der Abgeordnete Sommer ist hergegangen, hat 20 Minuten lang die Bundesforste gelobt und am Schluß hat er ein bissel etwas dazu gesagt. Bei Ihnen war es ja auch nicht viel anders. Da war doch nichts Überzeugendes da, da hat man doch die Frage immer noch im Raum stehen, warum Sie gegen diese Novellierung überhaupt stimmen. (*Bundesrat Dr. Bösch: Das wissen sie selber nicht!*) Das wissen Sie nicht.

Wir haben die zwei zentralen Punkte ja beraten. Auf einer Seite, meine Damen und Herren, die Dienstleistungen für die Dritten, da ist schon gesagt worden, daß nach dem Bundesforstgesetz die Verpflichtung zur bestmöglichen wirtschaftlichen Erfolgsführung und so weiter, gewährleistet sein muß, es gibt

Dr. Müller

eine bessere Auslastung der EDV. Na, wenn das nicht die Erfüllung des Grundsatzes der Sparsamkeit ist, dann weiß ich auch nicht, soll man dieses EDV-Gerät da stehen lassen, soll man sich darum kümmern oder nicht.

Das Zweite, die Vertretung der Bundesländer im Wirtschaftsrat. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es Landesregierungen gibt, die sich an die Absprachen von damals gehalten haben, die gesagt haben, 1977 ist das eindeutig geklärt worden. Jetzt gibt es zwei Wege, um die Bundesländer, die, wie richtig gesagt worden ist, zwischen 20 und 43 Prozent der Waldfächen im Besitz der Bundesforste haben, in den Wirtschaftsrat hineinzubringen. Es gibt den breiten, bequemen Weg, der vorhanden ist, den Weg der Aufblähung, daß man einfach hergeht und sagt, so, jetzt erhöhen wir einfach die Zahl im Wirtschaftsrat. Es gibt aber noch einen anderen Weg, meine Damen und Herren. Es gäbe den Weg der besseren Delegierung. Und den haben nicht zuletzt Sie von der ÖVP-Fraktion in der Hand.

Von Ihrer Fraktion sitzt der Nationalratsabgeordnete Brandstätter aus Niederösterreich im Wirtschaftsrat drinnen. Niederösterreich hat wieder einen Anteil bei den Bundesforsten an der Waldfäche von acht Prozent. Dahingegen hat Tirol einen Anteil von 22 Prozent. Ich frage Sie, warum kommt da nicht beispielsweise auf Grund schon der Mehrheitsverhältnisse ein Tiroler oder ein Salzburger, von mir aus gesehen in zweiter Linie, die Salzburger haben 43 Prozent, in den Wirtschaftsrat hinein, warum einer aus einem Bundesland, wo nur acht Prozent der Waldfäche im Besitz der Bundesforste sind?

Oder die zweite Frage: Es sitzt der ÖAAB-Generalsekretär Heinzinger da drinnen. Ich weiß, er ist der Abgeordnete eines Bundeslandes, selbstverständlich, der hat aber doch sicher den Mittelpunkt seiner Lebensinteressen nicht in dem Bundesland, aus dem er herkommt, von mir aus Steiermark oder was weiß ich, der hat doch den Mittelpunkt seiner Lebensinteressen in Wien.

Hier muß man sich doch wirklich die Frage stellen: Schicken Sie schon jeden in den Wirtschaftsrat der Bundesforste, nur weil er gelegentlich auf die Jagd geht, weil er einen grünen Anzug an hat oder fischt geht?

Da könnte man auch den Herrn Professor Schambeck in den Wirtschaftsrat schicken (*Bundesrat Dr. Schambeck: Weil ich im Wald spazieren gehe!*), denn soviel ich weiß, gehen Sie im Wald spazieren und schreiben gelegentlich Bücher mit einem grünen Umschlag. Wenn das genügt, dann, muß ich

sagen, müßte man sich diese Sache schon etwas besser überlegen.

Ich appelliere deshalb an Sie: Ändern Sie das Delegationsprinzip in Ihrer Partei! Entsenden Sie endlich einmal Leute aus dem Westen — Sie sind ja stark genug auch im Nationalrat an westlichen Vertretern —, schicken Sie einmal in den land- und forstwirtschaftlichen Bereich Vertreter aus dem Westen, machen Sie es sich nicht so leicht, daß man einfach zwei aus Wien oder aus Niederösterreich, weil es in der Umgebung ist, da hineinschickt, auch wenn sie fachlich, obwohl auch im Gesetz steht, daß die fachliche Qualifikation gegeben sein muß, vielleicht gar nicht geeignet sind.

Gehen Sie den demokratischeren Weg, suchen Sie gute Leute aus dem Westen, entsenden Sie die in den Wirtschaftsrat; diesbezüglich möchte ich an Sie appellieren.

Sehr gespannt bin ich, was das jetzt abwesende Mitglied des Bundesrates Pisec machen wird, der uns immer stundenlange Reden hält über Sparsamkeit und gegen die Aufblähung der Bürokratie, die die bösen Sozialisten angeblich immer durchführen, wenn wir jetzt über dieses Gesetz abzustimmen haben. (*Beifall bei der SPÖ*)

Vorsitzender: Zu Wort gemeldet ist Herr Staatssekretär Schober. Ich erteile es ihm.

Staatssekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft Schober: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Bundesrates! Darf ich grundsätzlich feststellen, daß die Österreichischen Bundesforste den Gesetzesauftrag, daß sie nach kaufmännischen Gesichtspunkten zu führen sind, in einer vorbildlichen Weise erfüllen; das wird heute von allen anerkannt.

Besonders herausstreichen möchte ich aber auch die Bedeutung der Österreichischen Bundesforste für die gesamte österreichische Landwirtschaft, und zwar deshalb, weil die österreichischen Bauern über 180 000 Festmeter Einförstungsrechte im Jahr 1979 beziehen konnten. Das war eine wesentliche Aufbesserung für die Einkommenslage der betroffenen Betriebe. Ich möchte noch auf einen Umstand besonders hinweisen, nämlich daß viele, vor allem kleinere Bergbauernbetriebe eine gute Möglichkeit haben, im Rahmen der sogenannten Bauernakkordanten einen zusätzlichen Verdienst durch eine Arbeit in den Bundesforsten zu erwerben.

Herr Bundesrat Stoppacher: Sie haben an mich die Frage gestellt, warum die Anlage so groß konzipiert wurde, ob diese Datenanlage

15012

Bundesrat — 408. Sitzung — 26. März 1981

Staatssekretär Schober

nicht auch zu einer Belastung werden könnte und ob nicht vielleicht ein Unternehmen im gewerblichen Bereich die Leistungen dieser Datenanlage besser erfüllen könnte. Darauf darf ich Ihnen antworten, daß im Durchschnitt der letzten drei Jahre die Österreichischen Bundesforste diese Datenanlage nur zu zirka 3 Prozent außerhalb ihres Besitzstandes verwendet haben. Es ist jedenfalls nicht daran gedacht, daß dieser Prozentsatz wesentlich erweitert wird.

Eine weitere Einschränkung ergibt sich naturgemäß bereits daraus, daß nur in solchen Betrieben Arbeiten durchgeführt werden, die auch die anderen Forsteinrichtungen der Bundesforste nützen, sodaß die Programme der Österreichischen Bundesforste ohne Umstellung verwendet werden können. Das allein schließt schon eine Konkurrenz für gewerbliche Betriebe aus.

Eine weitere Frage von Ihnen, Herr Bundesrat, bezog sich auf die Fristerstreckung von einem Jahr für die Übertragung von Grundstücken.

Dazu darf ich feststellen, daß die Anzahl der in Prüfung stehenden und noch zu übertragenden Grundstücke etwa mit 750 anzunehmen ist. Eine genaue Bestimmung der Zahl nach war deshalb nicht möglich, weil manche Grundflächen zwar bereits als übertragungswürdig bekannt gewesen sind, nicht aber ihre Untergliederung in Parzellen. Und als Beispiel, das ich anzuführen habe — Sie haben das dezidiert verlangt —, darf ich die Drau-Auen nennen, die sich über mehrere Kilometer in den Bundesländern Kärnten und Tirol erstrecken.

Außerdem werden auch jetzt noch laufend neue Grundflächen bekanntgegeben.

Die Vorarbeiten haben sich als besonders schwierig und langwierig vor allem aus der Unvollständigkeit und teilweise auch aus der Veralterung der übermittelten Unterlagen und auch aus langwierigen Verhandlungen mit den gegenwärtigen Verwaltern ergeben, die zum Teil aus verständlichen Gründen aus ihrer Sicht her behaupten, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für die Übertragung nicht immer gegeben waren.

Sie haben dann die Frage angeschnitten, ob es nicht zu einer Aufstockung von bäuerlichen Betrieben durch Grundstücke aus dem Besitzstand der Österreichischen Bundesforste kommen sollte. Hier darf ich auf das Bundesforstgesetz verweisen, in dem festgestellt wird, daß der Besitzstand der Österreichischen Bundesforste zu erhalten und die Besitzstruktur zu verbessern ist.

Im übrigen wird eine Abrundung ja laufend gemacht. Dort, wo es sinnvoll mit den Bestimmungen des Gesetzes zu vereinbaren ist, werden immer wieder Grundstücke an aufstockungswürdige land- und forstwirtschaftliche bäuerliche Betriebe abgegeben. Es darf aber sicher nicht zu einer Zerschlagung der Österreichischen Bundesforste auf Grund eines solchen Wunsches kommen.

Nun zur Zusammensetzung des Wirtschaftsrates. Hier darf ich Ihnen mitteilen, daß wir nur unserem Demokratieverständnis Rechnung getragen und bei dieser Novellierung es auch der Freiheitlichen Partei ermöglicht haben, daß sie einen Vertreter entsendet.

Im übrigen darf ich feststellen, daß diese Frage einer Änderung des Wirtschaftsrates nicht in der Regierungsvorlage releviert wurde, sondern im Rahmen der Beratungen im Ausschuß. Dipl.-Ing. Riegler hätte sicherlich als Agrarsprecher der Österreichischen Volkspartei die Möglichkeit gehabt, diese Frage auch dort bereits anzuschneiden. Das ist aber erst vor der Beslußfassung im österreichischen Nationalrat geschehen, und da war es eben zu spät.

Bitte, Herr Bundesrat Stoppacher, werfen Sie uns nicht unser Demokratieverständnis vor, daß wir es auch der kleinsten Partei im Parlament ermöglichen wollen, in diesem wichtigen Gremium des Wirtschaftsrates vertreten zu sein.

Zum Wunsch vor allem der Bundesländer Tirol und Salzburg, daß sie ebenfalls einen Vertreter entsenden können: Hier war man bei den Beratungen im Jahr 1977 einhellig der Meinung, daß das nicht der Fall sein sollte, und zwar aus einem sehr einfachen Grund: Es würde zu einer Erweiterung, zu einer Vergrößerung kommen, die man nicht für sinnvoll erachtet hat, und zwar seitens aller Parteien; auch die Österreichische Volkspartei hat damals ihre Zustimmung gegeben. In diesen Bundesländern besteht durchaus die Möglichkeit, dahin gehend einzuwirken, daß etwa von Tirol ein Vertreter entsandt wird, der von der Österreichischen Volkspartei nominiert wird. Damit kann also diesem sicher berechtigten Wunsch des Bundeslandes Tirol Rechnung getragen werden.

Herr Bundesrat Gargitter hat auf die wertvolle Tätigkeit der Arbeiter und Angestellten und vor allem auf die Führung der Österreichischen Bundesforste hingewiesen. Ich möchte das ganz besonders unterstreichen, meine Damen und Herren des Hohen Bundesrates, weil es nicht selbstverständlich ist, daß in der schwierigen Lage, in der sich auch die

Staatssekretär Schober

Österreichischen Bundesforste befinden, solche Erfolge erzielt werden konnten. Die schwierige Lage ergibt sich auch aus der Struktur. Es sind nämlich sehr hochgelegene Waldflächen, die zum Teil sehr, sehr steil sind, zu bewirtschaften.

Herr Bundesrat Sommer! Sie haben ein vehementes Bekenntnis aus Ihrer Sicht, aus der Sicht der ÖVP, zu den Österreichischen Bundesforsten abgelegt. Ich verstehe nur nicht, wie dieses Bekenntnis von Ihnen in Einklang zu bringen ist mit dem ständigen Verlangen nach Abverkauf von Grundstücken zur Aufstockung von bäuerlichen Betrieben. Das müßte schon näher präzisiert werden. Denn das eine, meine sehr geehrten Damen und Herren, schließt das andere aus. Ich kann nicht sagen, daß ich Grundstücke der Österreichischen Bundesforste zur Aufstockung von bäuerlichen Betrieben verwenden will, wenn ich auf der anderen Seite sage, daß ich den Besitzstand dieser Bundesforste erhalten will.

Wobei ich selbstverständlich um die Notwendigkeit der Aufstockung von aufstockungswürdigen bäuerlichen Betrieben, vor allem von Bergbetrieben in schwierigen Lagen, durchaus Bescheid weiß. Aber ich glaube nicht, daß das auf Kosten des homogenen Besitzstandes der Bundesforste gehen sollte. Hier ergeben sich vielfach andere Möglichkeiten, den bergbäuerlichen Berufsfreunden zu helfen, vor allem auch durch das Bergbauern-Sonderprogramm der österreichischen Bundesregierung, das ja laufend verbessert wird und für das Jahr 1981 im Budget mit einer Rekordsumme zu Buche schlägt. Ich möchte das deshalb herausstreichen, weil es in der schwierigen budgetären Lage nicht so selbstverständlich war, daß wir für unsere Bergbauern um soviel mehr erhalten können.

Daß der Umweltschutz eine zusätzliche Aufgabe der Österreichischen Bundesforste ist, die sie vorbildlich wahrnehmen, ist richtig. Die Öffnung des Waldes, das möchte ich besonders anführen, ist vor allem dem österreichischen Fremdenverkehr zugute gekommen. Ich darf aber wohl auch die freie Begebarkeit jener Seeufer herausstreichen, die im Besitz der Österreichischen Bundesforste sind, und die Einschränkung, die die Bundesforste freiwillig beim Verkauf dieser Grundstücke auf sich genommen haben, die auf der einen Seite wesentliche Möglichkeiten auch für die Aufstockung der Bundesforste durch einen Zukauf mit sich gebracht haben.

Zur Personalpolitik unseres Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Günter Haiden darf ich feststellen, daß es

heute unbestritten ist, daß die Personalpolitik auch in diesem Bereich vorbildlich ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Eines, meine Damen und Herren, lassen Sie mich aber auch ebenso klar sagen, nämlich daß Bundesminister Haiden das vor dem Jahr 1970 bestandene Berufsverbot für Sozialisten in diesem Bereich aufgehoben hat. (Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.) Heute können auch bei den Bundesforsten Sozialisten tätig sein, die die fachliche Qualifikation haben, und die fachliche Qualifikation ist das einzige Kriterium für Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden, das für die Aufnahme maßgebend ist. (Beifall bei der SPÖ. — Bundesrat Pumpernig: Herr Staatssekretär, das ist doch unerhört, was Sie da sagen! — Bundesrat Dr. Skotton: Das paßt der ÖVP nicht! — Bundesrat Schipani: Sie kann die Wahrheit nicht vertragen! — Bundesrat Pumpernig: Herr Staatssekretär, polemisieren Sie nicht! Das ist unerhört!)

Meine Damen und Herren von der ÖVP, ich verstehe Ihre Aufregung nicht. Aber bitte nehmen Sie zur Kenntnis, daß es auch im forstlichen Bereich Sozialisten gibt, die die fachliche Qualifikation besitzen. (Erneuter Beifall bei der SPÖ. — Bundesrat Pumpernig: Sie sollen nicht polemisieren, Herr Staatssekretär, nehmen Sie das zur Kenntnis!)

Im übrigen würde ich, wenn Sie solche Meinungen vortragen, um dezidierte Mitteilung ersuchen, wen Sie damit gemeint haben und wo hier eine falsche Parteipersonalpolitik gemacht wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Bundesrates! Wir nehmen die Zusammenarbeit auch in diesem Bereich sicherlich sehr ernst, und wir praktizieren sie. Aber Sie haben mit Ihrer Haltung, daß Sie diese Gesetzesvorlage des Nationalrates hier ablehnen, einen Prestige-, einen Justamentstandpunkt eingenommen, der auf Grund unseres Demokratieverständnisses nicht akzeptiert werden kann.

Ich bedauere es sehr, daß die Österreichische Volkspartei anscheinend aus opportunistischen Gründen, denn ich finde keine andere Erklärung dafür, leider auch in diesem Bereich zu einer Nein-Sager-Partei um jeden Preis geworden ist, auch um den Preis ihrer eigenen Glaubwürdigkeit. Ich würde Sie in Ihrem eigenen Interesse ersuchen, diese Haltung zu überlegen. (Beifall bei der SPÖ. — Bundesrat Dr. Schambbeck: Der verwechselt die Regierungsbank mit dem Rednerpult! — Bundesrat Pumpernig: Herr Staatsse-

15014

Bundesrat — 408. Sitzung — 26. März 1981

Staatssekretär Schober

kretär, Sie sind hier nicht in einer Wählerversammlung! Merken Sie sich das!

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, abschließend feststellen, daß die Österreichischen Bundesforste ein Bestandteil des Volksvermögens sind. Sie gehören dem österreichischen Volk, das ein Recht darauf hat, daß sie so bewirtschaftet werden, wie es den optimalen Voraussetzungen entspricht. Ich darf feststellen, daß das heute in vorbildlicher Weise durch die Führung, durch die Arbeit der Arbeiter und Angestellten, vor allem aber auch durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft als verantwortlichem Ressort geschieht. (Beifall bei der SPÖ. — Bundesrat DDr. Pitschmann: Ihre Überflüssigkeit haben Sie heute einmal mehr unter Beweis gestellt! Reine Demagogie! — Bundesrat Dr. Schambbeck: Der lächerlichste Staatssekretär! — Weitere Zwischenrufe.)

Vorsitzender: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht noch jemand das Wort? — Es ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Wird von der Berichterstattung ein Schlußwort gewünscht? — Das ist auch nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Bundesrates, die dem Antrag der Bundesräte Gargitter und Genossen zustimmen, gegen den vorliegenden Gesetzesbeschuß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, um ein Handzeichen. — Das ist die Stimmenmehrheit. Der Antrag, keinen Einspruch zu erheben, ist somit angenommen.

4. Punkt: Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 19. März 1981 betreffend ein Bundesgesetz über die Seeschiffahrt und über eine Änderung des Handelsgesetzbuches, des Verkehrs-Arbeitsinspektionsgesetzes und des Bundesgesetzes zur Erfüllung des Internationalen Übereinkommens von 1960 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See, der Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See sowie des Internationalen Freibord-Übereinkommens von 1966 (Seeschiffahrtsgesetz) (2304 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 4. Punkt der Tagesordnung: Seeschiffahrtsgesetz.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat Mayer. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter Mayer: Herr Vorsitzender!

Herr Minister! Hohes Haus! Durch den gegenständlichen Gesetzesbeschuß des Nationalrates soll eine Kodifikation des österreichischen Seerechtes vorgenommen werden, um nunmehr eine einwandfreie moderne Rechtsgrundlage für den Betrieb österreichischer Seeschiffe zu schaffen.

Der Wirtschaftsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 24. März 1981 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Wirtschaftsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 19. März 1981 betreffend ein Bundesgesetz über die Seeschiffahrt und über eine Änderung des Handelsgesetzbuches, des Verkehrs-Arbeitsinspektionsgesetzes und des Bundesgesetzes zur Erfüllung des Internationalen Übereinkommens von 1960 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See, der Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See sowie des Internationalen Freibord-Übereinkommens von 1966 (Seeschiffahrtsgesetz) wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht jemand das Wort? — Es ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Gesetzesbeschuß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

5. Punkt: Beschuß des Nationalrates vom 19. März 1981 betreffend ein Übereinkommen über den Straßenverkehr samt Anhängen; Übereinkommen über Straßenverkehrszeichen samt Anhängen und österreichischen Vorbehalt; Europäisches Zusatzübereinkommen zum Übereinkommen über den Straßenverkehr, das in Wien am 8. November 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, samt Anhang und österreichischem Vorbehalt; Europäisches Zusatzübereinkommen zum Übereinkommen über Straßenverkehrszeichen, das in Wien am 8. November 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, samt Anhang und Anlage; Protokoll über Straßenmarkierungen zum Europäischen Zusatzübereinkommen zum Übereinkommen über Straßenverkehrszeichen, das in Wien am 8. November 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, samt Anhang und österreichischem Vorbehalt (2305 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 5. Punkt der Tagesordnung: Übereinkommen über den Straßenverkehr samt Anhängen; Übereinkommen über Straßenverkehrszeichen samt Anhängen und österreichischen Vorbehalten; Europäisches Zusatzübereinkommen zum Übereinkommen über den Straßenverkehr, das in Wien am 8. November 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, samt Anhang und österreichischem Vorbehalt; Europäisches Zusatzübereinkommen zum Übereinkommen über Straßenverkehrszeichen, das in Wien am 8. November 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, samt Anhang und Anlage; Protokoll über Straßenmarkierungen zum Europäischen Zusatzübereinkommen zum Übereinkommen über Straßenverkehrszeichen, das in Wien am 8. November 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, samt Anhang und österreichischem Vorbehalt.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat Ing. Maderthaner. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter Ing. Maderthaner: Herr Vorsitzender! Herr Minister! Hoher Bundesrat! Die genannten Staatsverträge haben den Zweck, durch eine Vereinheitlichung der Verkehrsvorschriften, der Straßenverkehrszeichen und der Straßenmarkierungen den internationalen Straßenverkehr zu erleichtern und die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Der Nationalrat hat anlässlich der Beschlusffassung im Gegenstande im Sinne des Art. 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz beschlossen, daß dieser Staatsvertrag durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen ist.

Der Wirtschaftsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung am 24. März 1981 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Wirtschaftsausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschuß des Nationalrates vom 19. März 1981 betreffend ein Übereinkommen über den Straßenverkehr samt Anhängen; Übereinkommen über Straßenverkehrszeichen samt Anhängen und österreichischen Vorbehalten; Europäisches Zusatzübereinkommen zum Übereinkommen über den Straßenverkehr, das in Wien am 8. November 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, samt Anhang und österreichischem Vorbehalt; Europäisches Zusatzübereinkommen zum Übereinkommen über Straßenverkehrszeichen, das in Wien am 8. November 1968 zur

Unterzeichnung aufgelegt wurde, samt Anhang und Anlage; Protokoll über Straßenmarkierungen zum Europäischen Zusatzübereinkommen zum Übereinkommen über Straßenverkehrszeichen, das in Wien am 8. November 1968 zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, samt Anhang und österreichischem Vorbehalt wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht jemand das Wort? — Es ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Beschuß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

6. Punkt: Beschuß des Nationalrates vom 19. März 1981 betreffend eine Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung samt Anlagen (2306 der Beilagen)

Vorsitzender: Wir gelangen nun zum 6. Punkt der Tagesordnung: Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung samt Anlagen.

Berichterstatter ist Herr Bundesrat Dipl.-Ing. Berl. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter Dipl.-Ing. Berl: Die neue Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung (UNIDO), die am 3. Oktober 1979 in Wien unterzeichnet wurde und nach Vorliegen von 80 Ratifikationen in Kraft treten kann, bezweckt

die Erreichung der Selbständigkeit der Organisation, namentlich in Haushalts- und Personalfragen,

die Erhöhung ihrer Wirksamkeit,

die Unterstreichung der Bedeutung des Industrialisierungsprozesses für die internationale Entwicklung, insbesondere in den Staaten der Dritten Welt.

Die vorliegende Satzung, die eine Stärkung der UNIDO anstrebt, entspricht in besonderer Weise den Zielsetzungen Österreichs als Sitzstaat.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Abschlusses des vorliegenden Staatsvertrages die Erlassung von Gesetzen im Sinne des Art. 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz zur Erfüllung des Staatsvertrages nicht erforderlich.

Der Außenpolitische Ausschuß hat die

15016

Bundesrat — 408. Sitzung — 26. März 1981

Dipl.-Ing. Berl

gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 24. März 1981 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Außenpolitische Ausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschuß des Nationalrates vom 19. März 1981 betreffend eine Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung samt Anlagen wird kein Einspruch erhoben.

Vorsitzender: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht jemand das Wort? — Es ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung beschließt der Bundesrat, gegen den Beschuß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Vorsitzender: Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die Einberufung der nächsten Sitzung des Bundesrates wird auf schriftlichem Wege erfolgen. Als Sitzungstermin ist Freitag, der 24. April 1981, 11.30 Uhr, in Aussicht genommen.

Für die Tagesordnung kommen jene Vorlagen in Betracht, die der Nationalrat bis dahin verabschiedet haben wird, soweit sie dem Einspruchsrecht des Bundesrates unterliegen.

Die Ausschußvorberatungen sind für Freitag, den 24. April 1981, ab 10 Uhr, vorgesehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 11 Uhr 25 Minuten